

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1925

29.4.1925 (No. 117)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. April.

Am Regierungstisch: Reichspostminister Stingl. Präsident Goebbels eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. und gedenkt des Ablebens des Abg. Gerstenberger (D. Sp.), der dem Reichstag seit 80 Jahren ununterbrochen angehört hat. Der Präsident tritt dann mit, daß er die Teilnahme des Reichstages ausgesprochen habe: Den Angehörigen des früheren Vizepräsidenten Dr. Bartsche, der fern der Heimat in Amerika den Tod gefunden hat, ebenso auch der Witwe des Abg. Dr. Goebel; desgleichen habe er zu dem Ableben des früheren Parlamentarier's Brömel (D. Sp.) die Teilnahme ausgesprochen, ferner auch dem Präsidenten der bayerischen Sebrante anlässlich des Bombenattentats in Sofia. Der Präsident spricht dann dem Alterspräsidenten Prof. Gotha (Soz.), der heute seinen 80. Geburtstag feiert, den Glückwunsch des Hauses aus. — Die Anträge auf Strafverfolgung von neun kommunistischen Abgeordneten werden dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der kommunistische Abgeordnete Neubauer Besprechung des Urteils im Tscheka-Prozess. Der Präsident stellt fest, daß die Besprechung der kommunistischen Interpellationen heute geschäftsordnungsmäßig unmöglich sei.

Das Haus legt die zweite Lesung des Reichshaushalts fort, und zwar bei dem Reichspostministerium. Der Ausschuß fordert u. a. eine Verbesserung der Postbestellung auf dem Lande, strenge Unparteilichkeit des Rundfunks, Zulassung des Rundfunks im besetzten Gebiet. Reichspostminister Stingl gibt einen Überblick über die Tätigkeit seiner Verwaltung. Der Briefverkehr habe den Stand von 1918 noch nicht erreicht, der Paketverkehr sei dagegen wieder auf der alten Höhe angelangt. Eingegangene Postanstalten müßten, wo dringende Bedürfnisse bestehen, wieder eröffnet. Der Minister weist auf die günstige Entwicklung des Postverkehrs in Deutschland im Ganzen. Es sollen Maßnahmen getroffen werden, um den politischen oder wirtschaftlichen Mißbrauch des Rundfunks zu verhindern. Es ist Aufgabe der politischen Instanzen, dafür Sorge zu tragen, daß er ebenso wie in anderen Ländern in neutraler Weise gehandhabt werden kann. Der Postverkehr mit dem Ausland ist im allmählichen Wiederaufbau begriffen.

Der Minister wendet sich dann der Personalpolitik zu und erklärt, daß er für das Personal erstrebte: Ausreichende Bezahlung, erträgliche Versorgungsbedingungen, günstige Dienst- und Arbeitsbedingungen und eine möglichst ausgeglichene soziale Fürsorge. Die Postreform wird einen Reingewinn von 2,7 Millionen Mark abwerfen, die bei der Ausübung der Reklame sollen befristet werden. Eine weitere Ermäßigung der Postgebühren sei für absehbarer Zeit ausgeschlossen. Die Reichspost ruht auf gesunder Grundlage und ist bestrebt, ihre Aufgabe als öffentliches Nachrichten- und Verkehrsamt zu erfüllen mit dem Endziel: Verbesserung und Beschleunigung des Betriebes.

Abg. Seppel (Soz.) protestiert gegen die politische Agitation in den Diensträumen der Post, wie das z. B. in Halle vorgekommen ist. Der Rundfunk dürfe politisch nicht mißbraucht werden. Die Reklame müsse aus dem Rundfunk verschwinden, ebenso von den Postwagen. Eine allgemeine Befolgsneuregelung bei der Post sei notwendig. Der Ton und Geist des Kaiserlichen Deutschland dürfe nicht wieder bei der Post eingehen. Die 51stündige Arbeitswoche müsse auch

bei der Post in eine 48stündige umgewandelt werden. Man dürfe mit dem Personal keinen Raubbau treiben. Besonders zu warnen sei vor dem sogenannten Vorgesetztenmissetat. Der alte Kasernenhofen dürfe nicht wieder einziehen.

Abg. Körner (Dnall.) begrüßt die erfreuliche Tatsache, daß endlich wieder ein Fachmann an der Spitze der Postverwaltung stehe. Mit der Post gehe es wieder vorwärts. Der Redner bespricht Wirtschaftsausschuß und Verkehrsfragen auf dem Wege der Verbesserung der Postbestellung auf dem Lande. Die Entlastung des Rundfunks sei zu begrüßen, aber für Reklame dürfe diese Einrichtung nicht benutzt werden. Schlechte Witze und allerhand Humbug sollten durch den Rundfunk nicht verbreitet werden. Der Minister werde hoffentlich immer in einem harmonischen Verhältnis zu seinen Beamten stehen. Bei den Leistungen für die Postverwaltung müsse das Handwerk mehr berücksichtigt werden, damit ein selbständiger Mittelstand erhalten bleibe.

Abg. Altkotte (Str.) bringt Beschwerden der Beamtenschaft über die Beförderung, und Beförderungsverhältnisse vor. Man sollte die Einschränkung ungebürdeter Hilfskräfte einschränken und besonders die untere und mittlere Beamtenschaft ausheben. Eine gesunde Personalpolitik müsse auch an die Wiederherstellung der abgebauten Beamten und namentlich der Kriegsschädigten denken. Eine Sonntags-Brief- und Zeitungsbestellung gebe es in anderen Ländern und auch in Bayern nicht. Man sollte die Bestellung am Sonntag möglichst einschränken, um den Beamten die völlige Sonntagsruhe geben zu können. Die Wirtschaft könne nicht geschädigt werden, wenn nur die Briefe und Telegramme befördert werden. Die Post werde hoffentlich bald wieder auf ihrer alten Höhe angelangt sein.

Abg. Morath (D. Sp.) erkennt an, daß das Postwesen sich durchaus bewährt habe. Wünschenswert sei eine bessere Vertretung des Reichstages in der Verwaltung. Der Redner erinnert an eine Verurteilung des Ministers, wonach die Post in Ordnung gekommen sei auf Kosten des Personals. Für diese Opferwilligkeit verdienen die Beamtenschaft Dank und Anerkennung. Schnelligkeit und Sicherheit der gesamten Betriebsführung müßten oberste Pflicht der Postverwaltung sein. Der Redner wendet sich gegen die Verschlechterung der Sonntagsbestellung. Die Postwagen und Briefkästen sollten mit geschmackvoller Reklame nicht verhängelt werden. Er dankt dem Minister für seine Bemühungen, ein dienstfreudiges Personal zu erhalten.

Abg. Raschig (D.) behauptet, daß die Post nicht in den Bahnen fortgeschritten sei, die Stephan vorhergesehen habe. Es seien seitdem nur Rückschritte festzustellen. Der Redner tritt für baldige Einführung des Rundfunks im besetzten Gebiet ein. Der Konkurrenzkampf zwischen den Post- und privaten Verkehrslinien dürfe nicht in lächerliche Geraten. Der deutsche Fernsprecher sei noch drei bis viermal so hoch wie vor dem Kriege. Das sei ein unumgänglicher Zustand. Der Redner nimmt weiter Stellung gegen eine unumwundene Gestaltung der Postreklame. Die Sonntagsbestellung müsse unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Zum Schluß bringt der Redner Beschwerden gegen die allgemeine Postbestellung vor.

Abg. Lude (B. Vgg.) wünscht, daß auch die kleinen Fraktionen des Reichstages eine Vertretung im Verwaltungsrat der Reichspost erhalten. Bei Gesuchen um Erstattung von Fernsprechkosten müsse größte Rücksicht geübt werden.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr. Weiterberatung. — Schluß halb 7 Uhr.

Rüsten zum Landtagswahlkampf zu beachten. Es gelte, die Koalition zu brechen, die seit 1918 regiert. Die einen meinen, es werde gut regiert; die Volkspartei meint, daß die Regierung reformbedürftig ist. Der Liberalismus der 70er und 80er Jahre müsse wieder tonangebend nicht nur in Baden, sondern in Deutschland werden.

Den Liberalismus der 70er und 80er Jahre kennt man sowohl in Baden als in Bayern, wie im ganzen Reich. Es ist der Kulturkampf liberalismus, unter dem die bayerischen Katholiken nicht weniger litten als die badischen und die deutschen überhaupt. Die offizielle Parteiparole der Bayerischen Volkspartei hat ohne Zweifel ausflagelnd dazu beigetragen, daß Kaiser diese Hoffnungen ausdrücken konnte, gegen die niemand Einspruch erhob. Hat die Führerschaft der Bayerischen Volkspartei bei der Paroleausgabe gewußt, daß sie solche Hoffnungen weckte? Hat sie nicht daran gedacht, daß das so sein konnte?

Vielleicht wird sie durch Tatsachen davon überzeugt. In der demokratischen Neuen Bad. Landesztg. Nr. 212 vom 27. April lesen wir:

Die Ergebnisse aus den Wahlkreisen Sachsens zeigen übereinstimmend, daß immerhin beträchtliche Teile der Sozialdemokratie zu Thälmann übergegangen sind. Auf der anderen Seite haben manche Demokraten nicht für Marx gestimmt, sondern für Hindenburg. Das lag wohl nicht nur an der Jugtrast seines Namens, sondern auch daran, daß in Sachsen der protestantische Geist noch immer lebt und daß das Wort von dem katholischen „Paffen“ Marx seine Wirkung auf anglicanische Gemüter nicht verfehlt hat.

Ferner stellt dasselbe Blatt in derselben Nummer fest:

Ein beträchtlicher Teil der Sozialdemokraten ist der Marx-Parole nicht gefolgt und hat sich der Stimme enthalten und ein vielleicht noch größerer Teil der evangelischen Stimmen hat aus konfessionellen Gründen sich dem katholischen Marx verjagt. Daß das konfessionelle Moment in dem Kampfe um die Reichspräsidentenschaft eine große Rolle spielen würde, hatte man zwar im Volksblock behauptet, man hatte aber geglaubt, sich über diese Behauptungen hinwegsetzen zu können, weil der Reichspräsident auf die kulturpolitische Gesetgebung kaum Einfluß üben kann. Wie das Ergebnis zeigt, hat der Volksblock dieses Moment unterschätzt. Er hatte die Wähler für unentscheidbar gehalten. In den Ländern Sachsen, Württemberg und Baden sind die Wähler in großen Scharen ins gegnerische Lager übergetreten.

Auch die Karlsruher Ztg. Nr. 97 schreibt: Daß die Hindenburgstimmen in jedem badischen Bezirk zugenommen haben, ist natürlich auch zum Teil auf das Konto des konfessionellen Einschlags der gestrigen Wahlen zu setzen, der leider stärker war, als man vermutete und, wie wir hinzufügen, für unsere innen- und außenpolitische Lage gut ist."

Hier wird von Nichtkatholiken und Nichttrunksleuten objektiv festgestellt, daß die Kandidatur Hindenburg die Zuflucht aller derer war, die unter allen Umständen gegen die Katholiken eingestellt sind und einen Kandidaten, der katholisch ist, einfach nicht wählen.

In diese Front stellte sich die offizielle Bayerische Volkspartei durch ihre Hindenburgparole. Kein Wunder, wenn hunderttausende der Volksparteiwähler der Parole nicht folgten und damit bewiesen, daß sie mehr politischen Instinkt hatten, als die für die Parole verantwortliche Führung, durch deren Vorhaben der Sieg des Reichsblocks herbeigeführt und die Hoffnungen derer gestiftet wurden, die sich heute noch ebenso wie in den Kulturkampfzeiten in der Politik von Abneigung und Haß gegen den Katholizismus leiten lassen. War also die Hindenburgparole unter diesen Umständen die richtige Parole für eine Partei, die zum allergrößten Teil aus gläubigen Katholiken besteht? War die drohende und über alles gehäufte Stellungnahme des einflussreichsten Führers der Volkspartei gegen den Katholiken Marx das, was dem Denken und Fühlen des katholischen deutschen Volkes und einer klugen Politik einer weltanschaulich auf katholischen Boden fußenden Partei entsprach? Die Antwort ist leicht zu geben. Jeder wird sie ohne weiteres geben können.

Und was hat die Bayerische Volkspartei nunmehr erreicht? Die Köln Ztg. vom 28. April Nr. 309 enthält für die Bayerische Volkspartei aus München folgende Mitteilung:

Trotz des Erfolges, den die Kandidatur Hindenburg auch in Bayern davontrug, entspricht der Gesamteindruck des bayerischen Wahlergebnisses keineswegs den Erwartungen, die man nach der Stellungnahme der in Bayern mächtigsten Partei, nämlich der Bayerischen Volkspartei, gegen sie dürfen glaubte. Woran liegt die Schuld? Man ist sich darüber vollständig klar: der linke Flügel der Bayerischen Volkspartei, der schon öfter nur vermittelnd mitgehender Zugeständnisse mitgeschleppt werden konnte, ist der von der Landesleitung der Partei ausgegebenen Parole nicht gefolgt. Schon zum ersten Wahlgang hatte sich Domkapitular Leicht von der Reichstagsfraktion in Berlin dahin ausgesprochen, daß Marx und Hell seinem Herzen eigentlich gleich naheständen. Auch der jetzt in Rastau lebende alte Zentrumsführer Dr. Müller hatte eine Er-

klärung abgegeben, die nach zwei Richtungen hin gedeutet werden konnte: Wenn man dem Verstande folge, müsse man Hindenburg, gemäß dem Gefühl dagegen Marx wählen. Was sollen mit einer derartig zweideutigen Wahlparole die Wähler anfangen? Nichts ist bezeichnender als die Tatsache, daß von allen bayerischen Städten Augsburg, in früheren Jahrhunderten ein Hort des Protestantismus, am schlechtesten für Hindenburg abgestimmt hat. Sollte das bloß Zufall sein, oder damit zusammenhängen, daß in Augsburg das Hauptquartier des linken Flügels der Bayerischen Volkspartei, die Augsburgische Zeitung, existiert? Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Landesleitung der Bayer. Volkspartei schon deswegen, weil sie sich rühmen konnte, daß die Kandidatur Hindenburg von ihr ausgegangen sei, ihr Verstehen getan hat, der von ihr ausgegebenen Wahlparole Nachdruck zu verleihen. Wenn ihr Einfluß sich nicht weiter erstreckt hat, so lag die Schuld jedenfalls nicht an einem Mangel guten Willens.

Wer ist also zufrieden mit der Bayer. Volkspartei bezug ihrer Führung? Niemand — weder die eigenen Parteianhänger noch der Reichsblock, dem ihre Initiative zur Kandidatur Hindenburg verholten hat, noch die katholischen deutschen Wähler, mit denen zusammen auch die bayerischen Katholiken früher jene Politik bekämpft haben, die nun Herr Landtagsabgeordneter Wilfer wieder aufrechten lassen will.

Das Fazit der Politik der Bayerischen Volkspartei bei der Reichspräsidentenwahl ist kein erfreuliches, weder vom reinen Parteistandpunkt aus, noch unter dem Gesichtspunkt der Politik, die dem Deutschen Reich nach außen wie der innenpolitischen Verständigung wegen tut.

Wahlergebnisse.

Eichtersheim, 26. April. Wahlergebnisse aus dem Angeltal im Bezirk Eichtersheim: Eichtersheim: Hindenburg 268, Marx 188, Thälmann 8. Eichelbach: Hindenburg 544, Marx 111. Mischelbach: Hindenburg 540, Marx 51. Thälmann 28. Waldangelloch: Hindenburg 387, Marx 52, Thälmann 22. In diesen vier Ortschaften hat die Weimarer Koalition fast vollständig verlagert; der linke Grund liegt auf konfessionellem Gebiet!

Baden.

Ja, ja, die andern!

Herr Oberregierungsrat Bauer von Karlsruhe, der, trotzdem er in der Politik als früherer Offizier noch etwas Neuling ist, sich stark parteipolitisch betätigt, hat auch neuerdings bei dem geistlichen Zusammensein der Deutschen Volkspartei am Wahlabend laut Karlsruher Tagblatt eine Rede gehalten, die sich angeht eines ganzen Rufes von Tatsachen etwas naiv liest. Er hat dabei ausgeführt:

Oberregierungsrat Bauer erklärt, daß das betreibende Vorkommnis in Durack auf die führenden Männer in Baden falle. Der Minister des Innern habe die Flaggen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold gegeneinander gesetzt. Jetzt sei die schwarz-rot-goldene Fahne eine Parteifahne geworden, komme also für das Reich nicht in Betracht. Es sei heute schwer für Parteianhänger zu kämpfen, weil sie in böshafter Weise angegriffen würden. Hier Wandel zu schaffen, ist Aufgabe der Partei. Calumniäre audacter sei im Wahlkampf auf der anderen Seite die Parole gewesen. Selbst vor der Person Hindenburgs habe man nicht halt gemacht.

Wir wollen uns mit dem, was Herr Bauer über Schwarz-rot-gold geäußert hat, nicht weiter beschäftigen, so herausfordernd er auch — merkwürdigerweise — sprach. Ist doch Herr Oberregierungsrat Bauer im neuen System unter den Offizieren, die in staatliche Stellen kamen, um den besten gefahren, weshalb wir glauben möchten, der Tod verlange von ihm etwas mehr Zurückhaltung. Was uns zum Schreiben veranlaßt, ist der schwere Vorwurf, die andere Seite, d. h. der Volksblock, habe der Verleumdungsparole nachgegeben. Wir weisen diesen Vorwurf für uns energisch zurück. Wie naiv aber Herr Bauer ist, wenn er glaubt, diesen Vorwurf nach der anderen Seite machen zu dürfen, wollen wir ihm ganz kurz aus zwei sprechenden Beispielen beweisen. Vor uns liegt der Schwarzwälder Bote Nr. 96, vom 26. April, der in seinem Inzeratentext allen Parteien offensteht. Da lesen wir:

Sparer! Hypothekengläubiger! Marx hat ein warmes Herz für die Entrechteten! Schreiben seine Lobreden! In Wirklichkeit bezeichnete Marx diese Entrechteten mit „blödes Volk". Auf dem Katholikentag in Hannover am 2. September 1924 sagte Marx: „Wenn das blöde Volk mit seinen Ansprüchen nicht aufhört, muß der Staat schließlich auseinanderfallen." Der Hypothekengläubiger- und Sparerklubverband Ortsgruppe Dortmund hat deshalb am 13. September 1924, wie die Nr. 18 der Wochenschrift „Die Aufwertung" berichtet, Marx in seinem Brief um Aufklärung gebeten! Darauf ist heute keine Antwort! Das läßt tief blicken! Wer also zum „blöden Volk" gehört, wählt Marx!

Die ganze Geschichte ist nur eine dumme und freche Verleumdung, die seit dem September 1924 schon tausende Male von Marx selber und vielen Blättern als solche erklärt wurde. Das geschah erst noch in den letzten Tagen vor der Wahl. Nur verleumderische Schufte konnten also dieses Inzerat in die Zeitung setzen. Sie gehören aber nicht zum Volksblock, sondern zum Reichsblock, dem auch der Herr Bauer angehört.

Noch ein Beispiel aus Forstheim. Dort wurde am Samstag und Sonntag folgendes Flugblatt verteilt:

„Der Volksblock der Lüge verflucht im letzten Augenblick durch ein Flugblatt, das alles was an Schamlosigkeit in diesem Wahlkampf gekostet wurde, übertrifft. Verwirrung in die Reihen der evangelischen Wähler zu tragen. Laßt Euch nicht beirren, wählt keinen Jesuiten, dessen Grundhaß ist: Der 3. Med heiligt die Mittel. Nicht den Jesuiten Marx, sondern den Christen Hindenburg! Der Reichsblock."

Auch dieses Flugblatt konnten nur freche dumme Verleumder verfaßten und verbreiten. In diesem Fall haben die Verleumder ja ausdrücklich bestätigt, daß dieses Schurkenstück gegen Marx nicht von den „andern" sondern vom Reichsblock selber stammte, dem, wie gesagt, auch Herr Bauer angehört. Herr Oberregierungsrat, was meinen Sie dazu?

Nach der Wahlschlacht in Baden.

Unter dieser Überschrift schreibt ein hervorragender Politiker der Freiburger Tagespost Nr. 97 einen Artikel zur Wahl, der in seinem allgemeinen Teil mit dem Urteil, das wir im Bad. Beob. über den Wahlausgang gefällt haben, übereinstimmt. Dann heißt es weiter:

Aus den Resultaten des letzten Sonntagsschlages auf die badische Politik zu ziehen ist schwer, denn im eigentlichen Wahlkampf um die Landtagsmandate wurden die Wähler und Wählerinnen für ihre eigenen Partei-Kandidaten stimmen und es würden so doch wohl den abgeordneten Stimmen, von denen wir oben sprachen, wieder zu ihrer Partei zurückkehren, bezw. zeigen, daß sie immer noch und trotz allem zu ihr gehören. Man kann deshalb die Ziffern vom 26. April nicht ohne weiteres übertragen. Schon das Resultat vom 29. März verbietet das und zeigt, mit welcher Einschränkung die Ziffern des zweiten Wahlganges zu werten sind, wenn man sie auf die politische Gruppenstärke anwenden will. Nach beiden Wahlen würde man folgendes Bild von dem badischen Landtag haben:

	29. März	26. April	1921
Regierungsgruppen	58	63	62
Rechtsopposition	26	37	20
Linksopposition	4	4	4
	87	104	86

Betrachtet man die vorhin gemachten Bemerkungen und prüft man so diese Zahlen, so zeigen sie die unerjühteste Stärke der Regierungsgruppen aber auch ein Anwachsen der Rechtsopposition; damit legen sich aber auch Betrachtungen nahe, die unseres Wissens im Landtag vonseiten des Zentrums schon einmal ausgesprochen worden sind. Der Gang der großen Politik im Reich und des Reiches kann indes sehr leicht hier all diesen Ermüdungen und Betrachtungen eine Korrektur bringen und das nach der einen wie nach der anderen Seite.

Bei dieser Sachlage darf es zunächst nur eines geben, und das ist die Sorge dafür, daß das Zentrum in Baden einig und geschlossen zählermäßig hart und sachlich arbeits- und leistungsfähig bleibt. Die eine große Lehre schaut für jeden, der Augen hat, aus jeder Ziffer der Wahlen heraus, die unüberwindliche Uneinigkeit bestimmter Kreise gegen uns fordert Vorrück, fordert volle Beachtung der ausgesprochenen Lehre!

Krafftin gegen Millerand.

Paris, 28. April. Der russische Botschafter Krafftin erucht die Sovasagentur um Verbreitung eines Protests gegen die letzte in Versailles gehaltene Rede Millerands, in der der frühere Staatschef u. a. sagte, die Anerkennung der Sowjets habe die Anwesenheit eines Botschafters in Paris zur Folge gehabt. Es wäre tatsächlich nur ein Propagandachef, der kommunistische Ge- arbeit betreibt. Herr Krafftin verbitet sich diese Ausdrucksweise und stellt fest, daß die Sowjet-Propaganda nur der Aufrechterhaltung der offiziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Russland dient, daß sie sich im übrigen jeder Beteiligung an irgendeiner parteipolitischen Tätigkeit enthalte, daß sie gegen Frankreich und seine soziale Ordnung keinerlei Aktion unternommen hat und auch nicht unternommen werde.

Kirchliche Nachrichten.

Aus dem Kapitel St. Leon. Noch Rangener, in dem Herr Parer, der seit einigen Wochen bereits krank ist, kommt als Pfarrer des hochw. Herr Kaplan Schmitt in Reith.

Zu de... wahl... arbeiter... Der... der... Freiheit... talität... den... stimmung... über... Es... Politik... phiert... diese... sten... antre... Gefühl... mäßigen... gen... hat... zur... bereit... geben... verfa... auch... her... f... einzu... Da... voll... Weim... be... Ein... nicht... denken... und... durch... Eid... Reich... schwer... wieder... und... Herrn... drück... halten... In... burgs... dem... Hindenburg... fälligen... darf... also... denen... ja... muß... nicht... müßen... auf... ihr... Deutschland... liefern... Farben... grund... gegen... die... Hindenburg... unter... gar... der... ver... können... pflicht... Respekt... Wenn... über... die... be... behalte... schl... Deutsche... zu... ver... in den... all... Zeit... den... Sch... wenn... Sch... das... Sch... des... Volke... ander... bis... dahin... seit... die... Kräfte... über... ger... gefühl... in... bestimm... tung... Georg... 81)... Georg... alt... be... kannt... gen...? Es... er... die... An... ling... die... „Wiel... Wenn... ich... mein... lange... Ge... fann... ich... dann...“ er... Teil... hab... daß... der... zenz... wird... macht... „Motoren...“ Nun... in... Freiberg... men! Er... die... Welt... eigenen... Georg... gefühl... wird... Sie... sch... w... org... froh... soll... best... mit... unter... Er... traf... unter... dem...

Gefühl und Verstand!

Zu dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl wird uns von einem besonderen Mitarbeiter geschrieben:

Der Sieg Hindenburgs ist der Sieg der Frauen! Die uns Deutschen im allgemeinen anhaftende Neigung zur Sentimentalität ist naturgemäß ganz besonders bei den Frauen ausgeprägt, und diese Gefühlsschwärze hat über den politischen Sinn, über den Verstand gesteuert.

Es ist immer ein Unglück, wenn in der Politik das Herz über den Verstand triumphiert. In den harten Tatsachen scheitert diese Einstellung. Hindenburg ist am meisten zu bedauern, daß er nunmehr ein Amt antreten soll, in dem wahrhaftig nicht mit Gefühl, sondern lediglich mit verstandesmäßigen, sehr stark realpolitischen Erwägungen gearbeitet werden muß. Hindenburg hat das ja selbst in seinen Rundgebungen zur Wahl dargelegt, indem er sich absolut bereit erklärte, die in Weimar gegebene republikanische Reichsverfassung anzuerkennen und auch in der Außenpolitik die bisher betriebene Linie der Verständigung und Verhandlungen einzuhalten.

Damit hat sich Hindenburg vollständig zu der Politik der Weimarer Verfassungskonventionen bekannt.

Ein anderes ist ja auch in der Tat gar nicht möglich, wenn er das Amt des Präsidenten im neuen Deutschland übernehmen und durchführen will. Er wird sofort den Eid auf die republikanische Verfassung des Reiches ablegen müssen. Das wird ihm schwer genug werden, nachdem er nach seinen wiederholten Bekenntnissen der getreueste und untätigste Diener seines Königs und Herrn sein will. Aber Hindenburg hat ausdrücklich erklärt, diesen Eid schwören und halten zu wollen.

An der Ehrlichkeit des Willens Hindenburgs ist sicherlich kein Zweifel erlaubt. Mit dem Schwur der Verfassung muß sich Hindenburg auch für den Schutz der verfassungsmäßigen Farben einsetzen. Er darf also Beschimpfungen dieser Farben, mit denen ja sein Amtshaus geschmückt sein muß, nicht mehr dulden. Es wird sich zeigen müssen, ob die Gintermänner, die zweifellos auf ihn Einfluß zu gewinnen versuchen, Deutschland und der Welt das Schauspiel liefern wollen, den Kampf der Farben und Farben, wie das bisher geschah, zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung für oder gegen die Verfassung selbst zu machen. Denn Hindenburg wird als Präsident des Reiches unter gar keinem anderen Zeichen als dem der verfassungsmäßigen Farben auftreten können. Damit aber ist sein Anhang verpflichtet, auch diesen Farben den schuldigen Respekt zu erweisen.

Wenn die Gefühlspolitik die Oberhand über die Verstandespolitik auch weiterhin beherrschen wird, dann muß freilich das schlimmste für die weitere Entwicklung in Deutschland befürchtet werden. So sehr es zu verstehen ist, daß man in Hindenburg den Nepräzidenten des Reiches sieht, das in den blutigsten und schwersten der Kriege aller Zeiten doch die heimischen Gauen vor den Schrecken dieses Krieges bewahrte, und wenn somit Hindenburg gewissermaßen als das Symbol der eigenen Räte und Sorgen des Volkes betrachtet wird, so darf man andererseits doch nicht vergessen, daß er als bis dahin gänzlich unpolitische Persönlichkeit die eigentlich politische Führung der Kräfte überlassen muß, die sehr viel weniger gefühlsmäßig, dafür aber sehr viel mehr in bestimmter Tendenz politisch sich zur Geltung zu bringen suchen werden.

Die Ergebnisse in den Wahlkreisen.

In der nachstehenden Übersicht sind die bei der ersten Wahl am 29. März abgegebenen Stimmen beigefügt. Bei Marx sind die Zahlen der damals auf ihn, Braun und Sellpach, bei Hindenburg die damals auf Jarres, Lubendorf und Feld entfallenen Stimmen zusammengerechnet. Die einzelnen Zahlen erfahren nach obiger Gesamtmeldung eine kleine Verschiebung, besonders bei den kommunistischen Stimmen.

Wahlkreis	Hindenburg	Marx	Thälmann
1. Ostpreußen	718 984 (564 485)	802 679 (390 821)	50 518 (45 276)
2. Berlin	384 922 (334 370)	658 559 (576 588)	144 144 (180 734)
3. Potsdam II	428 276 (378 179)	468 360 (418 002)	71 581 (84 616)
4. Potsdam I	464 487 (401 883)	408 512 (372 384)	75 608 (84 196)
5. Frankfurt (Oder)	532 770 (448 102)	808 098 (806 626)	25 518 (28 319)
6. Pommern	658 415 (548 431)	225 872 (251 738)	62 838 (33 483)
7. Breslau	451 000 (362 420)	520 000 (515 717)	28 000 (18 668)
8. Liegnitz	321 027 (245 029)	298 689 (312 087)	16 647 (11 667)
9. Oppeln	224 851 (151 757)	293 063 (276 285)	45 941 (45 552)
10. Magdeburg	485 537 (419 986)	405 307 (403 250)	39 584 (38 670)
11. Merseburg	412 110 (344 718)	164 192 (187 711)	140 444 (186 951)
12. Thüringen	620 907 (514 715)	392 406 (394 939)	110 146 (101 681)
13. Schleswig-Holstein	477 491 (380 850)	283 252 (284 154)	37 581 (37 035)
14. Weser-Ems	334 960 (286 645)	355 104 (340 905)	22 971 (19 144)
15. Osthannover	386 861 (255 775)	172 380 (164 457)	18 027 (14 289)
16. Südhann.-Braunschw.	538 671 (431 193)	487 064 (469 499)	30 985 (28 813)
17. Westfalen-Nord	388 968 (278 829)	663 590 (630 643)	48 270 (48 625)
18. Westfalen-Süd	461 783 (381 349)	737 330 (722 932)	59 091 (108 686)
19. Hessen-Nassau	547 832 (396 529)	624 618 (621 826)	64 647 (43 924)
20. Köln-Aachen	212 514 (150 822)	670 550 (598 515)	48 274 (51 675)
21. Koblenz-Trier	166 148 (106 731)	862 724 (850 391)	13 998 (12 420)
22. Düsseldorf-Ost	408 795 (305 832)	442 430 (412 664)	147 530 (151 676)
23. Düsseldorf-West	253 017 (182 226)	456 457 (433 228)	61 237 (67 603)
24. Oberbayern-Schwab.	630 254 (606 753)	306 667 (216 271)	26 509 (25 562)
25. Niederbayern	260 729 (272 434)	118 485 (61 360)	8 744 (7 800)
26. Franken	672 643 (615 984)	447 476 (328 701)	25 768 (23 318)
27. Pfalz	166 318 (136 847)	179 425 (147 060)	22 195 (23 575)
28. Dresden-Lausitz	511 653 (408 420)	416 249 (471 726)	65 155 (36 636)
29. Leipzig	331 643 (273 937)	276 628 (326 478)	82 225 (67 668)
30. Chemnitz-Zwickau	490 272 (377 145)	284 998 (336 874)	138 673 (99 864)
31. Bürttemberg	544 122 (361 634)	587 006 (585 102)	55 962 (56 521)
32. Waben	375 233 (351 609)	635 771 (581 768)	41 449 (39 152)
33. Hessen-Darmstadt	274 323 (198 068)	366 216 (351 387)	22 878 (20 051)
34. Hamburg	294 506 (230 307)	281 624 (292 671)	68 804 (67 566)
35. Mecklenburg	241 657 (221 693)	151 405 (183 926)	15 000 (15 104)
Zusammen:	14 629 224 (11 709 898)	13 743 021 (13 258 628)	1 747 922 (1 871 815)

Es ist absolut nicht gesagt, daß dieser Sieg Hindenburgs den Parteivertretungen, die doch letzten Endes die Politik zu bestimmen und zu verantworten haben, besonders viel Freude machen wird. Insbesondere die Deutsche Volkspartei hat allen Grund zu sagen: Woh, wir haben gestimmt! Streikmann als deutscher Außenminister hat sich auf ganz andere Gesichtspunkte als auf gefühlsmäßige einzustellen und er wird am schwersten in seiner ganzen Politik durch die jetzige Entscheidung betroffen. Gewiß kann und darf der Reichspräsident keine Politik gegen den Reichstag machen, die Bestimmung der politischen Linie liegt einzig und allein beim Reichstag, und ihre Durchführung obliegt nur dem Reichskanzler und dem Reichskabinet. Und gerade die Versuche, die nun jetzt von bestimmten Seiten zweifellos unternommen werden, um auf Grund der Entscheidung über die Wahl des Reichspräsidenten nun auch Einfluß auf die gesamte politische Orientierung zu erhalten, dürften alsbald die ganze Schwere der inneren Konflikte, die unser politisches Leben heute durchziehen, offenbaren.

Mit der Gefühlspolitik sind die Deutschnationalen als verantwortliche Regierungspartei bis jetzt auch nicht weiter gekommen, sie haben vielmehr sehr reale Politik machen müssen. Wäre es noch rein politischen Erwägungen bei der diesmaligen Entscheidung gegangen, so wären die Dinge ganz anders gekommen. Eine Kandidatur Hindenburg war, weil sie den Appell an die

Sentimentalität zuließ, tatsächlich die beste Chance, die sich den Deutschnationalen je bieten konnte. Die Mehrheit im heutigen Staate besitzen die Kräfte, die hinter Hindenburg stehen, insofern durchaus nicht, von einem Sieg über die Ideen und Parteien, die das Weimarer Verfassungswerk getragen haben, kann also gar nicht die Rede sein. Da die Gefühlspolitik auch dahingehend sich auswirkte, daß sowohl Sozialdemokraten wie Demokraten, die einen aus parteilicher Verbortheit, die anderen aus kulturkämpferischen Instinkten, sich zur Wahl von Marx nicht entschließen konnten, ist der politische Wille des deutschen Volkes durch die jetzige Entscheidung absolut nicht in seiner vollen Klarheit zum Ausdruck gebracht worden.

In der kommenden Epoche bedarf es besonderer Mühe und Besonnenheit, um die Folgen dieser Gefühlswahl auf die realpolitischen Notwendigkeiten der Reichspolitik nach innen und außen nicht geradezu verhängnisvoll sich geltend zu machen lassen. An der politischen Linie nach innen und außen kann und wird wie gesagt, nichts geändert werden, man wird sich vielleicht noch wundern, zu welcher Anpassungsfähigkeit auch ein Reichspräsident Hindenburg im neuen Staate wird kommen können und kommen müssen. Die innere Auseinandersetzung über die Fragen der neuen Zeit wird mit diesem Wahlergebnis nicht etwa beendet sein, sondern aufs neue und zwar in verschärfter Form, anheben.

Frankreichs Selbstmord in Elsaß-Lothringen.

Aus New York, 17. April, wird uns geschrieben:

Der „Boston Evening Transcript“, eines der angesehensten und verbreitetsten Organe der alten Kulturhauptstadt Nordamerikas, hat kürzlich aus der Feder seines Pariser Mitarbeiters Ivan F. Sanborn einen höchst bemerkenswerten Artikel über „Frankreichs Selbstmord in Elsaß-Lothringen“ (France committing suicide in Alsace-Lorraine) veröffentlicht. Der Verfasser hat Elsaß-Lothringen bereist, um dort die Wirkungen der von der letzten französischen Regierung inaugurierten Kirchenverfolgung zu studieren und seine Ausführungen sind umso wertvoller, als er feststellt, daß auch die Protestanten und Juden Elsaß-Lothringens mit ihren katholischen Landsleuten in der Beurteilung der Regierungspolitik durchaus übereinstimmen. Einige charakteristische Stellen des Aufsatzes Sanborns seien hier wiedergegeben.

Ueber die Stimmung der Bevölkerung Elsaß-Lothringens sagt Sanborn: „Die Bevölkerung Elsaß-Lothringens ist erregt, erbittert und fühlt sich erniedrigt. Die ältesten Einwohner können sich kaum eines derartigen Ausbruchs des Unwillens erinnern. Es sind getade die leidenschaftlichsten Anhänger Frankreichs, die am allermeisten erbittert sind, weil sie, soweit die Religion in Frage kommt, unter deutscher Herrschaft vollkommen ungestört gelassen wurden. Als sie sich an Frankreich angeschlossen, rechneten sie mit Sicherheit darauf, Freiheiten zu gewinnen, aber nicht sie zu verlieren... Die Bauern, und zwar sowohl die Gutbesitzer wie die Gutsarbeiter, die im allgemeinen sich um die Angelegenheiten der Politik wenig kümmern, sagen jetzt: „Wenn die Herren von der Regierung versuchen, uns einzuschüchtern, dann sollen sie einmal sehen, was für eine steinradige und hartköpfige Sorte von Leuten wir sind.“... Der Bischof von Straßburg, Monsignore Ruch, erzählte, er habe einen Bürgermeister getroffen, der vor dem Weltkrieg, also in der Zeit der deutschen Herrschaft, einer der glühendsten Parteigänger Frankreichs gewesen wäre.

Besonders interessant ist eine Unterredung zwischen Herrn Sanborn und einem „hervorragenden Straßburger Juristen“, weil der Straßburger Herr in dieser Unterredung zugestand, Deutschland zu ungünstig und Frankreich zu günstig beurteilt zu haben. Der Jurist erzählte Sanborn, daß er, als die Deutschen im Herbst 1918 bei der Agitation für eine Volksabstimmung in den Reichslanden Frankreich als den Verfolger der Religion hingestellt hätten, von einfachen Leuten gefragt worden sei, ob diese deutsche Behauptung zutreffend wäre. Damals habe er den Leuten gesagt: „Frankreich ist das Land der Freiheit, unsere Rechte werden niemals in Frage gestellt werden.“ Jetzt, wo Frankreich sein Wort nicht gehalten habe, komme er sich den Leuten gegenüber, die er damals beraten habe, wie ein Idiot vor. Eben erst habe ihn ein alter Bauer in seinem Büro tränenüberströmt apostrophiert: „Ach, mein Herr, Sie sehen jetzt, wie recht ich hatte, als ich vor sechs Jahren zögerte, Ihrem Rate zu folgen. Sie sehen jetzt, daß man auf Frankreich nicht hätte vertrauen dürfen.“ Ein protestantischer Professor der Universität Straßburg sagte zu San-

Georg Freibergs Aufstieg.

Roman von Jagna Maria.

Georg traute seinen Ohren nicht. Das altbekannte große Werk seinen Namen tragen? Es erschien ihm so ungeheuerlich, daß er die Antwort darauf vergaß und Semmerling die Frage noch einmal stellen mußte.

„Nur Egoismus ist dabei“, Freiberg. Wenn ich dereinst die Augen schließe, weiß ich mein Lebenswerk in guten Händen. So lange Georg Freiberg lebt, lebe ich. Besser kann ich nicht für unser Werk sorgen. Und dann“, er lachte verächtlich, „sind Sie mein Teilhaber, brauche ich nicht zu befürchten, daß der Freiberg meine schlimmste Konkurrenz wird, wenn er eine eigene Kiste aufmacht. So profitiere ich noch an seinen Motoren.“

Nun war es erreicht! Semmerling und Freiberg! Das Riesenergebnis trug seinen Namen! Er, der ohne einen Pfennig Geld in die Welt hinausgetreten war, nur seiner eigenen Kraft vertrauend und auf seinen Energie. Im Ueberdruhwang seines Glücksgedächtnis preßte er Semmerlings Hand. „Es wird Sie nicht gereuen!“ Wie ein Treuschwur Klang es.

Ich muß es Marianne sagen, dachte Georg froh, sie wird sich mit mir freuen, sie soll bestimmen, wie wir diesen Entschluß mit unseren Arbeitern festlich begehen.

Er trat sie im sonnenbeschienenen Garten unter dem alten, blühenden Birnbaum.

„Etwas Frohes hat sich zugetragen!“ rief er ihr zu.

„Daß es so kam, wußte ich. Ich freue mich von Herzen, denn Onkel konnte keinen besseren Mitarbeiter, keinen treueren Erben finden, als Georg Freiberg!“

„Ihre gute Meinung macht mich stolz und glücklich. Dieser Tag bedeutet für mich die Erfüllung meiner Lebenshoffnung, den Schlüssel zum Bau meiner Jugend. Er ist gerade recht gekommen, denn schon schimmern die blonden Vorfröhen an den Schläfen grau.“

„Sie sind so jung!“ lachte sie fröhlich. — „Was kümmert Sie der graue Schimmer Ihrer Haare? Horchen Sie hinein in Ihr Herz; da pocht noch so viel Jugend und Fröhlichkeit.“

Sie besprachen, wie man den Tag der Namensänderung im Werk festlich begehen könnte. „Sie müssen mir dabei helfen!“

„Gern! Ich helfe gern. Ueberhaupt werde ich Onkel bitten, daß er mir die Leitung der Wohlfahrtspflege für seine Leute in Berlin überträgt. Ich will mitarbeiten. Es ist beängstigend, ein Droschkenkutscher zu führen, wo räumlich alle Hände sich regen. Ich will arbeiten wie sie, die an den laufenden, furrrenden Maschinen stehen, sie sollen wissen, daß wir Arbeiter sind wie sie. Sie sollen erkennen lernen, daß der „Kapitalist“ ihre Sorgen zu den seinen macht, und daß er letzten Endes denselben einfachen Arbeiter ist wie der Sklave des Geldes.“

„Marianne.“ Georg streckte bittend seine Hand aus, „wenn Sie Caritas üben wollen, bleiben Sie hier. Werden Sie mein Lebenskamerad, damit wir vereint schaffen und Gutes tun an der Menschheit.“

„Als Ihre Frau?“, sagte Marianne leise, „als Georg Freibergs Frau?“

Da vergaß Georg Freiberg graue Haare und Direktorwürde, Welt und Gegenwart und wußte nun, daß das große Sehnen seines Lebens nach der Frau, die Kamerad und Geliebte zugleich sein würde, in Marianne seine Erfüllung fand.

„Alles sollst du wissen, Marianne. Mein ganzes Leben soll vor dir liegen, wie ein aufgeschlossenes Buch. Wirst du es verwirren, daß meine erste Liebe einer anderen Frau gehörte?“

„Trübsal Dwerfsten! Sie war wahrlich eine erste, keine Liebe wert. Ich habe es gefühlt, als du zum erstenmal vor ihr sprachst. Ich freue mich, daß der Schwarm meiner Jungmädchenjahre auch dich bezaubert hat.“

„Das ist ja heiter!“ Semmerling zog die Lippen an sich. „Erit gebe ich ihm die Fabrik und dann nimmst du mir mein Mädch! Ich habe stets gelobt, der Freiberg ist ein „aefährlicher“ Burche! Na, da er jetzt zur Familie gehört, ist er unschädlich gemacht. Und nun wird Verlobung gefeiert. Die Rede müßt Ihr Euch denken, ich mache nicht gern in Sentimentalität dafür trinken wir lieber eine gute Flasche mehr.“

Lustig blies der junge Schürer Wendeborn in sein Horn. Softore öffneten sich, munter

blökend drängten die Schafe zur Herde, von den Rämmern freudig umsprungen. Auch Johannes Freiberg hatte das Hoftor geöffnet und seinen weißen und braunen Schafen die Freiheit gegeben. Mit wehmütigen Lächeln sah er ihnen nach, die von zwei schlanken Hunden sorgsam umkreist wurden. Nun war es wahr geworden, ein anderer führte die Schafe auf den Acker. Ein anderer stand dort, wo er so manches Jahr gestanden. Ja, er war alt geworden. War ausgeschieden aus den Reihen der Schaffenden und hatte sich aufs Altenteil zurückgezogen. Wie er in ohnmächtigen Grimm den Verfall der Kräfte mit ansehen mußte, wie der Körper müde wurde und dem Geist, der eben so lebendig und frisch wie früher, nicht mehr gehorchte. Wie er das Alter, den Verfall der Kräfte haßte!

Um diese paar Lebensjahre, die der Mensch im Vollbesitz seiner Kräfte lebte, lohnte es sich nicht, geboren zu sein. Wenn man erst in den letzten Schüben seines Lebens stand, erlitten das ganze Menschenleben unjaubar kurz, so rasch durchläuft, daß man statt Jahre — Tage zählen mochte.

Seine Getreuen Firz und Flock, waren längst in die ewigen Jagdgründe eingegangen. Ihr Nachfolger war Spitz, der unter den Hunden des Unterlebens das Kommando führte und die ganze Lawinstafel tyrannisierte. Auch Misemann hatte mehrere Nachfolger gehabt, die alle denselben Namen trugen.

(Fortsetzung folgt.)

Fragen Sie

bei Ihrem Friseur, in den Wirtschaften, in denen Sie verkehren, an Klößen, bei Straßenhändlern usw. immer und immer wieder nach dem Badischen Beobachter! Auch hier gilt das Wort:

Steter Tropfen höhlt den Stein.



born, nach seinem persönlichen Eindrucke hätte, wenn Ende 1918 eine Volksabstimmung stattgefunden hätte, die Bevölkerung zu 80 Prozent oder noch mehr für Frankreich votiert. Jetzt, seit dem unglückseligen Vorgehen der französischen Regierung, wolle er lieber nicht seine Meinung über die Veränderung der Stimmung äußern, denn er möchte nicht gern seine frühere Auffassung lägen lassen. Ein anderer Protestant, Besitzer einer großen Fabrik im Grenzgebiete zwischen Lothringen und der Pfalz, sprach die Besorgnis aus, daß das Vorgehen der französischen Regierung eine deutsche Irredenta gerade im Grenzgebiete großziehen könnte. In diesem Grenzgebiete, dessen Anhänglichkeit an Frankreich noch nicht sicher fundamementiert sei, könne eine Politik der Verfolgung die gefährlichsten Konsequenzen nach sich ziehen. Die Protestanten seien nicht weniger als die Katholiken entschlossen, sich nicht die Religion aus der Schule nehmen zu lassen. Sanborn stellt schließlich fest, daß die Juden in Elsass-Lothringen nicht anders dächten und daß sogar ein Teil der religiösen Dissidenten das Vorgehen der Regierung durchaus nicht aufheben.

Der Verfasser schließt damit, daß er überall wahrgenommen habe, den der Bevölkerung von der Regierung aufgenötigten Kampf durchzuhalten und zu gewinnen. Die Beschlagnahme oppositioneller Zeitungen und die Verfolgung von Karikaturisten dienten nur dazu, die Abneigung gegen die Pariser Machthaber zu steigern und den Widerstand zu verschärfen. Nach Sanborns Überzeugung werde deshalb der Regierung nichts übrig bleiben, als den „Gang nach Canossa“ anzutreten.

Reichspräsident Hindenburg.

Paul von Hindenburg und Hindenburg wurde am 2. Oktober 1847 in Posen geboren. Sein Vater war der Major a. D. Robert v. Hindenburg und Hindenburg, seine Mutter Luise eine geborene Schwidart. Der Vater starb 1902, die Mutter hier ist 1898. Der junge Hindenburg wurde zunächst auf dem Gymnasium zu Groß-Glogau und dann im Kadettenkorps zu Ballestat erzogen. Seine militärische Laufbahn begann im April 1868 als Sekondeleutnant beim dritten Garderegiment zu Fuß. Er nahm an den Feldzügen von 1866 und 1870 mit Auszeichnung teil, wurde 1872 Premierleutnant und befehligte dann die Kriegsschule. 1889 war er Abteilungschef im Kriegsministerium, 1893 Chef des Infanterieregiments 91. 1896 Chef des Stabes 8. Armeekorps, 1900 Generalleutnant und Kommandeur der 28. Division in Karlsruhe. Im Jahre 1903 wurde er mit der Führung des 4. Armeekorps beauftragt, einige Zeit später zu dessen kommandierenden General ernannt und am 22. Juni 1905 zum General der Infanterie befördert. Im März 1911 nahm er den Abschied, wurde zur Disposition gestellt und schlug seinen Wohnsitz in Hannover auf. Der Kriegsausbruch rief Hindenburg nach dem Russeneinfall in Ostpreußen alsbald auf einen führenden Posten. Hindenburg, dem Lu-

denbar als Generalstabschef beigegeben war, wurde mit der Abwehr der russischen Heere betraut. Als Generaloberst übernahm er das Kommando in Ostpreußen und am 29. August wurde die Schlacht bei Annenberg geschlagen, die den russischen Vormarsch nach Westen zum Stehen brachte und Hindenburgs Namen mit einem Schlagschlag über die größten Namen der Kriegsgeschichte stellte. Am 12. September 1914 folgte der Sieg an den massurischen Seen, der die Befreiung Ostpreußens im wesentlichen vollendete. Dann begann die Reihe der strategischen Operationen im Osten, die in langsam und erbitertem Ringen die deutsche Verteidigungslinie weit in das russische Gebiet vorzuziehen und dort gegen alle russischen Anstürme veranzulassen. Rumänens Eintritt in den Krieg im August 1916 hatte die Verjüngung Hindenburgs an Stelle Falkenhayns zum Chef des Generalstabs zur Folge. Die Niederwerfung Rumaniens ermöglichte eine Verstärkung der Westfront zur Abwehr der gewaltigen englisch-französischen Offensive. Die endgültige Niederzwingung Rußlands und die Offensive nach Italien im Herbst 1917 schafften die Voraussetzung für entscheidende deutsche Schlagen im Westen. Nach überraschenden Anfangserfolgen kam das deutsche Vordringen beim dritten Anlauf in der Champagne zum Stehen, und die amerikanische Hilfe ermöglichte dem Generalstabschef der Alliierten, doch den erfolgreichen Gegenstoß, der zum Rückzug des deutschen Heeres und, als Bulgarien und Ungarn zusammenbrachen, zum Waffenstillstand führten.

Ueber Hindenburgs persönliche Leistung in dem gewaltigen Ringen des Weltkrieges wird einst die Kriegsgeschichte das letzte Wort zu sprechen haben. Dem deutschen Volke war der alte Feldmarschall, der Führer in vielen siegreichen Schlachten, zum Symbol der deutschen Wehrfähigkeit geworden. Und der Eindruck der militärischen Katastrophe wurde aufgewogen durch das Beispiel hohen Pflichtgefühls, das Hindenburg gab, als er sich nach der Abdankung des Kaisers und nach dem Umsturz zur Verfügung der neuen Regierung stellte, um das deutsche Heer sicher über den Rhein zu führen. Als diese schwierige Aufgabe erfolgt, und die Demobilisierungsarbeiten im wesentlichen beendet waren, reichte Hindenburg seinen Rücktritt vom Oberbefehl ein. Reichspräsident Ebert genehmigte damals das Rücktrittsgesuch in einem Briefe, worin er dem Feldmarschall für die „dem Vaterland während des Krieges und in der jetzigen Zeit unter großer Aufopferung geleisteten Dienste den unaussprechlichen Dank des deutschen Volkes aussprach“. Auch der damalige Reichskanzler Bauer und Reichswehrminister Noske sandten ihm ehrende Abschiedsworte. So telegraphierte Bauer: „Wir, die wir im Zwang der Not auf unserm Posten bleiben müssen, werden immer ein großes Vorbild in der Art sehen wie Sie die Pflicht gegenüber dem Vaterlande höher gestellt haben, als die persönlichen Gefühle und Anschauungen.“

Nach seinem Rücktritt vom Oberbefehl nahm Hindenburg seinen Wohnsitz wieder in Hannover. Dort arbeitete er an seinen Lebenserinnerungen, die im Frühjahr 1920 unter dem Titel „Aus meinem Leben“ erschienen sind. Vom politischen Getriebe hielt sich der alte Feldmarschall vollständig fern.

Was wird in Preußen?

Berlin, 28. April. Der interfraktionelle Ausschuss des preußischen Landtages aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten hielt am Dienstag nachmittag eine einhellig beschlossene Sitzung ab. Die Parteien waren sich darin einig, daß man das Kabinett Braun mit allen Mitteln stützen und zu diesem Zwecke alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden wolle. Gegebenenfalls könne auch eine Auflösung des Landtages in Frage kommen. Zunächst will man das Ergebnis der für Mittwoch und Donnerstag angelegten Aussprache zur Regierungserklärung abwarten und danach die zu treffenden Maßnahmen einrichten. Die Demokraten vertreten den Standpunkt, daß das Kabinett durch die Wahl am 3. April das Vertrauen befunden erhalten habe. Die Fraktion werde sich be-

erhalten mit einer Billigungserklärung zufrieden geben. In sozialdemokratischen Landtagskreisen ist die Stimmung für Auflösung vorherrschend. Das Zentrum will, wie verlautet, erst die Rückkehr von Marx, die für Donnerstag erwartet wird, abwarten, ehe sie endgültig zu der Frage der Auflösung oder der Nichtauflösung Stellung nimmt.

Auch die Rechtsparteien trafen am Spätnachmittag zu einer Sitzung zusammen, um die Richtlinien für ein gemeinsames Vorgehen in Preußen zu besprechen. Die einzelnen Vertreter werden nunmehr ihren Fraktionen über diese Besprechung Bericht ertatten.

Vertagung des preußischen Landtages.

Berlin, 28. April. Der preußische Landtag hat sich sofort nach der Regierungserklärung Brauns vertagt. Am Mittwoch und Donnerstag soll die Aussprache über die Regierungserklärung stattfinden. Dann soll eine Pause bis zum kommenden Dienstag einschließlich eintreten. Am Mittwoch nächster Woche soll dann die Abstimmung über die Regierungserklärung und über die zu ihr gestellten Anträge vorgenommen werden.

Neuwahlen in Preußen?

Berlin, 27. April. Ein Teil der Berliner Abendblätter beschäftigt sich auch mit der Frage, was nach dem Wahlsieg Hindenburgs in Preußen werden soll.

„Vorwärts“ und „Vossische Zeitung“ verweisen darauf, daß der republikanische Kandidat in Preußen eine Mehrheit über Hindenburg erhalten habe, beide Blätter aber betonen den Stimmungscharakter der Präsidentschaftswahl, die zu politischen Schlüssen in Preußen keinen Anlaß gebe.

Der „Börse-Kurier“ fordert dagegen, daß die Parteien das demokratische Grundgesetz, den Mehrheitsentscheid gültig zu machen, nicht nur für die Reichspräsidentschaft, sondern auch für Preußen anerkennen, während die „Tägliche Rundschau“ nach der Wahl Hindenburgs ein Kabinett Braun für unmöglich hält. Das Blatt rechnet damit, daß nun auch in Preußen ein dem Reichskabinett homologes Kabinett zustande kommt.

Die „Vossische Zeitung“ läßt sich unterm 28. April aus dem preußischen Landtag melden, daß am Sonntag, den 14. Juni wahrscheinlich Neuwahlen stattfinden werden. Ministerpräsident Braun sei entschlossen, falls ihm und dem Kabinett am Mittwoch nächster Woche das Vertrauen des Landtages nicht ausgesprochen werde, zur Landtagsauflösung zu schreiten. Ende dieser Woche wird der Ausschuss, der über die Auflösung zu bestimmen hat, und der aus Oberbürgermeister Dr. Adenauer als Vorsitzenden des preußischen Staatsrates, dem Landtagspräsidenten Bartels und Ministerpräsident Braun besteht, zusammentreten, um über die Auflösung zu beschließen.

Das Zentrum gegen die Landtagsauflösung.

Berlin, 28. April. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat sich die Zentrumsfraktion, die sich heute vormittag gleich den übrigen Fraktionen mit der durch die Präsidentschaft Hindenburg für Preußen geschaffenen Lage befaßte, in ihrer Mehrheit gegen die Auflösung des Landtages ausgesprochen. Man will erst abwarten, wie sich die Reichspolitik künftig in den wichtigsten innen- und außenpolitischen Fragen auswirkt.

Braun über seine Amtsführung.

Berlin, 28. April. Nach der Vorstellung des preußischen Kabinetts, das das gleiche ist das bereits Ministerpräsident Marx am

18. Februar dem Landtag vorgestellt hat, und das durch die Ablehnung des Vertrauensantrages zurücktreten mußte, gab der neue Ministerpräsident Braun eine kurze Erklärung ab, in der er zunächst seinem Amtsvorgänger für die während seiner kurzen Amtstätigkeit dem Lande geleisteten Dienste dankte und dann ausführte, daß ihn bei Annahme der Wahl nur Pflichtbewußtsein und das tiefe Verantwortungsgefühl für die Geschicke des preußischen Volkes geleitet hätten. Im weiteren Verlauf seiner Rede erbat Ministerpräsident Braun die Mitwirkung und Mitarbeit des Landtages bei seiner Aufgabe. Seine Rede wurde fast unausgesetzt von lärmenden Kundgebungen der Kommunisten und der Deutschnationalen Volkspartei begleitet. Die Kommunisten empfanden den Redner mit stürmischen „Ammotie“-Rufen. Die Rechte demonstrierte mit Lärm und Gelächter, als der Redner seinem Amtsvorgänger den Dank aussprach. Als er erklärte, ihn leite lediglich Pflichtbewußtsein, wenn er sein Amt übernommen habe, ertönte der Zuruf: „Zeichenrede!“

Das gerichtsarztliche Gutachten über den Tod Höfles.

Berlin, 28. April. In den heutigen Fraktionsitzungen des preußischen Landtages wurde auch der Fall Höfle besprochen. Das Gutachten der Gerichtsarzte soll beauftragt werden. Danach soll, wie die Telegraphen-Union erfährt, es ausgeschlossen sein, daß die Todesursache in überwiegender Gebrauch von Schlafmitteln zu suchen ist. Höfle soll in völlig entkräftetem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert worden sein. Seine Gattin sei erst durch die Mitteilung eines unterjünglichen Privatartztes benachrichtigt worden, nicht von der Gerichtsbehörde.

Denkschrift über die Besteuerung der Inflationsgewinne.

Berlin, 28. April. Dem Reichstag ist heute die angeforderte Denkschrift über den Ausbau der Besteuerung der Inflationsgewinne zugegangen. Die Denkschrift stellt fest, daß gegen die Besteuerung der Inflationsgewinne schwerere Bedenken bestünden, da die Erhebung der Steuern zu umständlich und zu kostspielig sei. Ausführlich wird auch die angeregte Besteuerung der Notgeldausgaben behandelt. Auf Grund der Vereinbarung wird von der Besteuerung des Notgeldes, dessen Einführung vor dem 1. Juni 1923 erfolgt abgesehen werden müssen. Steuerrechtlichen Schwierigkeiten begegnet die Feststellung der Ausgabe und der Einlösung des Notgeldes. Auch eine Vermögenszuwachssteuer begegnet schwereren Bedenken. Bei einer anderweitigen allgemeinen Besteuerung des Vermögenszuwachses stünde das Steuerprogramm der Regierung in Gefahr, über den Haufen geworfen zu werden. — Die Denkschrift betont zum Schluß die Notwendigkeit der endgültigen Regelung der Aufwertungsfrage, sowie die Erledigung des Steuerprogrammes der Regierung.

Weiter geben!

Wenn Sie den Badischen Beobachter gelesen haben, so werfen Sie ihn nicht weg, sondern geben Sie ihn an Bekannte weiter, die noch nicht Abonnenten sind! Sie werden dadurch für Ihre Zeitung und die gute Sache, der sie dient.

Wenn Sonne zu spät kommt.

Von Liselotte Krutenberg.

Schaffet die vielen Tränen der Kinder ab. Langes Regnen ist den Blüten schädlich. Jean Paul.

Die Baumbüte ist da — ihre Zeit ist auch da — aber die Sonne fehlt.

Das Kind ist da — seine Mutter ist auch da — aber das Sächeln der Mutter fehlt.

Frühlingsregen rieselt sein herab auf Bäume und Menschen. Alles leimt und sproßt und grünt und kommt hervor durch das laue Raß. Die Blüte horcht nach dem warmen, klingenden Ton von Sonnenstrahlen, horcht — und horcht vergebens. Kein Glanz umspielt ihre Lippe; mit sehnfüchtigem, halbgeöffnetem Mund und mit tränensüchtigem Blick sucht sie die Sonne und — kann sie nicht finden. Ohne ihre sternenhafte Größe zu erreichen, ohne auszublühen, wird die Blüte ein Opfer von Regen und Wind. Schicksal der Blüte!

Das Kind läuft und wird groß; — sieht alles mit staunenden Augen an und sucht etwas und weiß nicht was. Es horcht nach dem warmen, klingenden Ton von Geschwisterstimmen, horcht — und horcht vergebens. Kein Sächeln umspielt seine Lippe; mit sehnfüchtigem, halbgeöffnetem Mund sucht es das Sächeln der Mutter und — kann es nicht finden. Die Mutter ist in Trauer, — der Vater starb vor'm Jahr.

Das Kind sehnt sich nach der Sonne; wird lang und dünn und bleich und seiner Stimme fehlt der helle Kinderton. Ein Nistklang entsteht in seinem Innern, den man bei dem Zusammenreffen mit andern Kindern hört; es kann nicht miteinstimmen in fröhliches Kindergelächter, denn es trifft niemals den richtigen Ton des ganzen Chores. Einsam wird es groß mit etwas zu viel Charakter für ein Mädchen und mit den Fähigkeiten, ein Sonnenkind zu werden. Schicksal des Kindes!

Die Blüte, der die Sonne fehlt, kann keinen süßen, saftigen Apfel bringen; — aber vom Menschen verlangt man liebenswürdiges Sächeln, wenn auch in seiner Kindheit und Jugendzeit der Himmel bewölkt war.

Herbstsonne, golden und warm, verküsst und verflößt das Land. Der Apfel leuchtet und glänzt, aber sein Kern bleibt herb, — die Frühlingssonne war nicht da.

Der — oder die sieht auch noch einmal bessere Tage, — so sprechen die Leute — und vergessen dabei das Zuspätkommen.

Wer es magt einen Alten, einem Menschenfeind wohl gar eine Schale voll Liebe und Glück zu bringen, dem wird er sie aus der Hand schlagen und hochhinaufwerfen wird der Dank sein.

Wer zu lange im Dunkeln gefesselt hat, der kann das Licht nicht mehr vertragen: was andern Augen Sonne bringt, macht seinen Schmerz. Das Licht ist das Erfreulichste der Dinge. Wie freudener und leidenerreich muß der sein, dem das Licht wehe tut! Und wie viele solcher Menschen gibt es; — nur die lichtgewöhnten Augen können sie im Dunkeln nicht gut erkennen und übersehen oft die Besten.

Wer einmal gefangen war, findet sich in der Freiheit schlecht zurecht. Da geht es mit dem Menschen wie mit dem Vogel. Die Erinnerung an seine Gefangenschaft wird ihm die köstliche Luft der Freiheit vergiften. Dem das Leben zu sehr Nacht war, den kann auch der späte Tag nicht mehr entzücken.

Der Apfel wird gegessen, wie er ist, — der saure sowohl wie der süße.

Der Mensch muß verbraucht werden, wie er ist, — der ernste sowohl wie der heitere.

Aber Herbstsonne und späte Liebe können kein seltsames Frühlingssächeln mehr erziehen, — vielleicht — können sie noch beglücken, — vielleicht — kommen auch Sonne und Liebe zu spät.

Der Baum, der im Schatten des Hauses steht, kann sehr stattlich, groß und schattengebend sein;

erhaben ist sein Blätterdach; — aber das Liebliche fehlt ihm, weil nur die Abendsonne ihn schräge streift.

Der Mensch, der in der Not des Lebens groß wird und früh seinen Ernst kennen lernt, kann edel, groß und liebedenkend sein; in die Tiefe neigt sich Fühlen; — aber die Wärme einer zierlichen Oberfläche fehlt ihm, — wenn Sonne zu spät kommt.

Der Freiburger Pilgerzug.

Am 25. April. Der Freiburger Rompilgerzug ist heute morgen 5 Uhr glücklich in Wiffi eingetroffen. Die Nachschicht war regnerisch. Heute früh 8 Uhr wurde aber die Sonne Meister, und so sitzen wir, nach dem wir Portiunkula, die Gräber des hl. Franz und der hl. Klara seelisch erlebt haben, hier oben beim Mittagessen mit wunderbarer Aussicht auf das Gebiet des obern Tiber. Am Nachmittag geht es weiter nach Rom, wo wir gegen 8 Uhr heute Abend eintreffen hoffen.

Rom, 26. April. Am Samstag, 8 Uhr abends, kam für uns Rom in Sicht, das lang ersehnte Ziel. Man kann sich denken, daß die allgemeine Stimmung in jubelnden Papstliedern ihre Lösung suchte.

Die Aufnahme in den Hotels ging rasch vorstatten; wir sind nach jeder Richtung zu ausgehoben. Zimmer und Verpflegung bekriegen ich. Die Preise sind noch deutschen Begriffen niedrig. Am heutigen Sonntag besuchten wir vormittags hauptsächlich die St. Paulskirche und die Lateranobasilika; am Nachmittag machte man sich noch mehr ortsumd, suchte auch wohl einzelne heilige Stätten, das Pantheon, das Grab der hl. Maria und anderes auf.

Vor allem aber hatten wir das Glück einer Abendandacht in der Peterskirche anwohnen zu dürfen, bei welcher auch Pius XI. anwohnte.

Die Peterskirche mochte dabei wohl 30 - 40 000 Menschen in ihren Mauern bergen, die allen möglichen Nationen angehörten; aber alle einte die Begeisterung und Liebe zur hl. katholischen Kirche und ihrem geistigen Vater; wie haben niemals ähnliches gesehen und erlebt.

Im Chor der Peterskirche, der mächtigsten Kirche der Welt, brannten allein wohl 2000 leuchtende Lampen, die mit auserlesenen Gesangbuch angebracht sind.

Am morgigen Montag dürfen wir einer hl. Messe beimohnen, welche der hl. Vater selber lesen wird; am Dienstag abend sind wir zur Audienz befohlen; der Papst wird dabei eine deutsche Ansprache halten.

Die Pilger sind durchweg munter, trotzdem das Tagesprogramm selbstverständlich nicht ohne Anstrengung abgemittelt werden kann. Es herrscht eine allgemeine Freundschaft und Liebe, welche auch einen ziemlich weitgehenden Kommunismus zur Folge hat: Es bezahlt eben, wer gerade Wert zur Hand hat.

Das Wetter ist seit zwei Tagen etwas regnerisch, aber eigentlich nicht in lästiger Weise.

Mannheimer Gastspiel der Hartung-Bühne. Wochenplan: Samstag, 2. Mai: Premiere (Premieren-Abonnement); hohe Preise: „Der haarige Affe“, ein Schauspiel alten und neuen Lebens in 8 Bildern von Eugène B. O'Neill. Anfang 8 Uhr. Sonntag, 3. Mai: „Der haarige Affe“, hohe Preise. Anfang 8 Uhr. Montag, 4. Mai: „Der haarige Affe“, mittlere Preise. Anfang 8 Uhr. Dienstag, 5. Mai: Premiere (Premieren-Abonnement); hohe Preise: „Giovanni und Annabella“, Schauspiel in 5 Akten von John Ford. Arbeitet von Edwin Kaiser. Anfang 8 Uhr. Mittwoch, 6. Mai: „Giovanni und Annabella“, hohe Preise. Anfang 8 Uhr. Donnerstag, 7. Mai: „Giovanni und Annabella“, kleine Preise. Anfang 8 Uhr. Freitag, 8. Mai: „Giovanni und Annabella“, kleine Preise. Anfang 8 Uhr.

laufend die politische Linie des deutschen Volkstaates. Die deutsche Jugend braucht auf, weil keine Volksgemeinschaft vorhanden war und der damalige Staat nicht volkstümlich sein konnte. Sie müssen in...

Die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses.

Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankergewerbes ist nach Berliner Meldungen in Gemeinschaft mit den übrigen Spitzenorganisationen beim Reichsfinanzminister dahin vortrefflich geworden, das Bankgeheimnis in dem Umfang, wie es vor dem Kriege bestand, wieder in die Steuergeetze einzuführen. Dazu wird von der „Industrie- und Handelszeitung“ darauf hingewiesen, daß ein vollkommenes Bankgeheimnis der Steuer gegenüber in Deutschland niemals bestanden hat. Auch nach der Gesetzgebung des alten Staates waren die Banken und Bankiers verpflichtet, über die Depots und Konten eines Geschäftskunden, gegen den ein Steuerverfahren eingeleitet war, der Behörde Auskunft zu geben. Die verschiedenen, in der letzten Zeit vom Bankgewerbe unternommenen Versuche, das in den letzten Jahren durch gesetzliche Vorschriften immer mehr durchlöchernde Verurteilungsgeheimnis wieder herzustellen, sind seitdem stets an dem Widerstand der Regierung gescheitert. Im Laufe der Jahre habe sich immer wieder gezeigt, daß die Behörde das Recht zu unbegrenzten Ermittlungen bei den Banken einerseits im Verkehr mit soliden Steuerpflichtigen nicht braucht und andererseits bedenkenlose Steuerpflichtige auch aufgrund dieser Vorschriften regelmäßig nicht zu fassen sind. Denn die unflüchtige Bevölkerung, in deren Kreis vorläufige Steuerhinterziehung allzu häufig vorkommen pflegt, ist meist in der Lage, sich bei verhältnismäßig geringer Gefahr der Entdeckung Bankverbindungen zu schaffen, von denen das Finanzamt nichts weiß. Die „Industrie- und Handelszeitung“ ist der Ansicht, daß die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses eine Lebensfrage der deutschen Wirtschaft sei. Nach Ansicht aller Sachkenner würde die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses erheblich dazu beitragen, die Depots der Banken aufzufüllen. Es ist daher keineswegs, wie anscheinend manchmal angenommen wird — lediglich oder auch nur vorwiegend eine Angelegenheit der Banken, ob deren Verurteilungsgeheimnis wieder hergestellt wird. Diese Frage berührt vielmehr die Belange des gesamten deutschen Erwerbslebens. Alle Bevölkerungskreise sollten daher das dankenswerte Vorgehen des Zentralverbandes aufs lebhafteste unterstützen.

Die Ruhrkredite.

Berlin, 28. April. Der Untersuchungsausschuß für die Ruhrkredite trat heute vormittag im Reichstag zusammen. Der Vorsitzende, Abg. von Lindheimer-Wildau (Deutschl.) regte die Einsetzung eines Unterausschusses an, da sich die materielle Behandlung im großen Ausschuß kaum lohnen werde. — Der Ausschuß trat darauf in die Aussprache über den Vortrag des Regierungsvertreters ein.

Neue Einheitsätze der Reichsbahn.

Berlin, 28. April. Die 10-prozentige Erhöhung der Reichsbahntarife wird, wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, durch eine Minderung der Kilometerätze vollzogen. Die neuen Gebühren werden pro Kilometer in der vierten Klasse 8,3 Pfg., in der dritten Klasse 5 Pfg., in der zweiten Klasse 7,5 Pfg. und in der ersten Klasse 10,5 Pfg. betragen. Die sonstigen Zuschläge werden systematisch um 10 Prozent erhöht.

Wirtschaftsprovisorium mit Frankreich.

Paris, 28. April. Der französische Wirtschaftsminister hat einem Vertreter der „Journées industrielles“ erklärt, die gestrige Unterhaltung mit Staatssekretär v. Treubenberg habe einen überaus herzlichen Verlauf genommen. Auf beiden

Badischer Landtag.

Aus dem Haushaltsauschuß vom 28. April.

Zur Beratung stand eine Regierungsvorlage über eine Kreditaufnahme bis zu zehn Millionen Mark zum Zwecke des durch die Entwicklung der elektrischen Kraftanlagen dringend gebotenen Ausbaus des Badenwerks. Am 15. November soll die 100 000 Voltleitung in Tätigkeit treten; die Anlage ist also rentabel. Der Finanzminister bedauert, daß durch die Berliner Vorgänge die Möglichkeit, von der Reichsregierung Kredite zu erhalten, auf allzu erschwerten Bedingungen beruht. Da die Badische Bank — trotz der Bemühungen des Finanzministeriums — als gleichberechtigt mit den Staatsbanken von der Berliner Regierung anerkannt wird, so muß der badische Staat als solcher das Anleihen bis 31. Dezember d. J. zurückzahlen, um es zu gleichen Bedingungen und im gleichen Umfang an das Badenwerk weiter zu geben. Die Kreditor der Bank erklärte sich für die Kreditnahme bereit. Der Redner des Zentrums führte in klarer, eindringlicher Weise aus, daß auch er die Verschärfung der Angelegenheit der Postkredite bebaure. Er habe zugleich aus dem Verhandlungsverlauf die Überzeugung gewonnen, daß diese das Vertrauen in alle Organe der Justizverwaltung nicht befestigt, sondern eher erschüttert habe. Auch die veranschaulichte Kreditlinie erführen bei der Besprechung der Vorlage eine nochmalige Debatte, wozu der Finanzminister, gedrängt durch die Verhältnisse, dem Ausschuß davon Mitteilung machen mußte, daß bei seinen Bemühungen, die Bad. Bank als Kreditempfängerin im Interesse der badischen Industrie gleichberechtigt neben die Staatsbanken zur Anerkennung zu bringen, eben durch die kurze Anfrage der deutschnationalen Fraktion (Schmitt-Bretten) über Kredite an Blumenschein ungünstige, hemmende Wirkungen entgegen traten. Von einem Redner der deutschnationalen Volkspartei wurde der Regierung gegenüber in mißtrauischer Weise der Vorwurf gemacht, daß die Regierung nicht mit dem Tatsachenmaterial vor die Kreditbewilliger, bezw. den Vorstand, also der Öffentlichkeit gegenüberträte, wie die

Privatunternehmen dies täten. Der Minister ließ sofort durch den Referenten die erwünschte Mitteilung geben, wie sie auch im jährlichen Geschäftsbericht gegeben und veröffentlicht werden und wies mit aller Entschiedenheit den Vorwurf zurück, als sähe die Regierung die Öffentlichkeit bei den Unternehmungen, bei denen sie beteiligt ist. Gelegentlich einer Anfrage über den Stand der Elektrifizierung der badischen Eisenbahnen, die der Minister dahingehend beantworten mußte, daß Besprechungen angekündigt, aber bis heute nicht stattgefunden hätten, führte ein Zentrumstribuner aus, daß dieses Handeln der Reichsregierung z. B. wo die Schweiz ihre Bahnen bis Basel elektrifiziert habe, höchst verhängnisvoll für die deutschen und besonders für die badischen Interessen werden könne. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Der Entwurf über die siebente Änderung des Grund- und Gewerbesteuergeetzes behandelt die Erhebung von Verzugszuschlägen. Der Berichterstatter gab eine Übersicht über die einschlägigen Geetze und ihre durch die Inflation gebotenen Änderungen. Seit 1. April des Jahres ist das badische Gesetz erloschen; anstelle der Verzugszuschläge tritt also automatisch das allgemeine Gesetz über die Verzugszinsen. Die Regierungsvorlage will deshalb das am 1. April abgelaufene Gesetz nunmehr unbefristet erneuern. Wohl führte der Berichterstatter aus, daß die Zuschläge derzeit noch seien (sie betragen 1 Prozent für einen halben Monat), und daß schon im Januar ein Antrag Reger auf Herabminderung der Zuschläge eingegangen und im Ausschuß angenommen worden sei. Es sei aber, wie auch die Begründung der Regierung ausführt, nicht angängig, die Zuschläge für die Landessteuern niedriger anzusetzen und zwar im Interesse des pünktlichen Eingangs auch der Landessteuern. Das Gesetz soll nach einem Antrag des Berichterstatters erst am 1. Mai in Kraft treten. Die Vorlage wurde mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen (deutschl. Volksp., wirtsch. Vgg., Komm.) angenommen.

Seiten habe man den lebhaften Wunsch, so schnell wie möglich ein provisorisches Abkommen zu unterzeichnen. Der französische Wirtschaftsminister gab zu verstehen, daß das Abkommen dem Parlament am 26. Mai vorgelegt werden soll.

Deutsches Reich.

Contumacium - Urteile des Kriegsgerichts Nancy.

Berlin, 28. April. Das französische Kriegsgericht in Nancy hat am 7. April d. J. den früheren Oberstabsarzt vom 13. Infanterieregiment Dr. Bartholomäus Mangner in Ingolstadt im Abwesenheitsverfahren wegen angeblich am 13. August 1914 in St. Canteuz begangener Brandstiftungen und Minderungen zu 20 Jahren Zuchthaus und Aufenthaltsverbot in Frankreich für den gleichen Zeitraum verurteilt. Demgegenüber wird halbamtlich festgestellt, daß das Reichsgericht in der wegen derselben französischen Beschuldigungen bereits im Jahre 1923 eingeleiteten Untersuchung das Verfahren eingestellt hat, weil nicht der geringste Anhalt für diese Beschuldigungen besteht.

Konrad Hänisch gestorben.

Wiesbaden, 28. April. Kultusminister a. D. Konrad Hänisch, seit 1923 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Wiesbaden, ist heute morgen an den Folgen einer Venenerkrankung gestorben. Er wurde 1876 in Bretzswald geboren und wandte sich schon als Schüler der Politik zu. Wegen sozialistischer Agitation wurde er als Unterprimar vom Gymnasium seiner Vaterstadt verwiesen. Nachdem

er als Buchhandlungshelfer tätig gewesen war, hörte er dort Vorlesungen über Geschichte und Nationalökonomie. Seit 1898 war er Schriftsteller an sozialdemokratischen Blättern, um sich 1911 als Schriftsteller in Steinhilber niederzulassen. Der Wahlkreis 4, Potsdam II sandte ihn 1913 in das Abgeordnetenhaus. Die Revolution machte ihn neben Adolf Hoffmann zum preussischen Kultusminister, welches Amt er nach dem Ausscheiden Hoffmanns allein verwaltete.

Braunschweig und der 1. Mai.

Berlin, 28. April. Wie die Abendblätter berichten, hat die Hauptversammlung des braunschweigischen Landtages einer Notverordnung des Staatsministeriums zugestimmt, wonach der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag aufgehoben wird.

Ein Verbot der Rheinlandkommission.

Koblenz, 28. April. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat die Rheinlandkommission den Beschluß gefaßt, sämtliche Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel anlässlich der Jahrtausendfeier zu verbieten. Die Rheinlandkommission begründet dieses Verbot damit, daß solche Kundgebungen die Sicherheit der Besatzungsbehörde gefährden.

Oesterreich.

Kontrolle Oesterreichs.

Wien, 28. April. Das Kontrollkomitee für Oesterreich wird am 1. Mai in Paris seine Tagung beginnen. Den Vorsitz führt der Nachfolger des verstorbenen Senators Pantaleoni, Marchese Cusai. Die Konferenz wird vier bis fünf Tage dauern. Der Generalkommissar Dr. Zimmermann begibt sich heute voraussichtlich nach Paris, um dem Komitee Bericht zu erstatten.

Italien.

Die Neuorganisation der Luftstreitkräfte.

Mailand, 27. April. Die Verhandlungen Mussolinis mit den Fachministern und Sachverständigen über die Neuordnung des Flugwesens sind abgeschlossen worden. Dieses soll einer besonderen Abteilung im Kriegsministerium mit einem besonderen Minister für Luftschiffahrt unterstellt werden. Die Umstellung des Flugwesens soll innerhalb Jahresfrist erfolgen.

Frankreich.

Empfang bei Painlevé.

Paris, 28. April. Ministerpräsident Painlevé empfing gestern Nachmittag den deutschen Botschafter v. Sösch. Ueber den Inhalt der Unterredung wird auf beiden Seiten Stillschweigen bewahrt. Weiter sprach gestern am Quai d'Orsay die Botschafter von Japan, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Italien vor. Der Londoner französische Botschafter hatte vor seiner Abreise nach London ebenfalls eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten.

Painlevé hat den Botschaftern Deutschlands, Japans, der Vereinigten Staaten und Italiens Höflichkeitbesuche abgetatelt.

Belgien.

Die Regierungsbildung.

Brüssel, 28. April. Der König hat gestern vormittag Maffion und Renkin empfangen. Ob einem von ihnen ein Auftrag zur Kabinettsbildung erteilt worden ist, ist noch nicht bekannt.

England.

Englische Ministerbesuche bei Mussolini.

London, 28. April. Der Kolonialsekretär Amery und Luftverkehrsminister Samuel Hoare, die von ihrer Reise nach dem Fes zurückkehrten, haben Rom einen Besuch abgestattet, wo sie gestern von dem italienischen Premierminister Mussolini empfangen wurden.

Bulgarien.

Die Untersuchung des Sofioter Attentats.

Sofia, 28. April. Die Untersuchung über das Attentat in der Kathedrale hat nun auch ergeben, woher die agrarkommunistische Verschwörung das Geld zur Ausführung ihrer Pläne bekommt. Der Direktor der Banca Generala, Cordobi, der Direktor der Banc. Bulgari mit Namen Leger und der Fabrikdirektor Kizki wurden verhaftet. Die verhafteten Personen sollen Mittelsmänner der russischen Geldgeber gewesen sein.

Verständigung zwischen Bulgarien und Jugoslawien.

Sofia, 28. April. Der bulgarische Gesandte in Belgrad behauptet gestern den Außenminister Rintschitsch und erklärte im Namen der bulgarischen Regierung, daß Bulgarien die besten Beziehungen zu Jugoslawien zu unterhalten wünsche. Die Verhandlungen der Minister Kalom und Rintschitsch seien Mißerfolge. Bulgarien bedauere diese Mißerfolge sehr.

Die Regierung räumt auf.

Sofia, 28. April. Wie gemeldet wird, beginnt die bulgarische Regierung, alle Staatsbeamte, die sich nicht zu den gegenwärtigen Regierungsparteien bekennen, in Massen zu entlassen, darunter auch viele Ärzte, die sich während der Katastrophe weigerten, den Verwundeten Hilfe zu leisten. Nach einer Erklärung des Innenministers soll die Säuberung des Landes von aufrührerischen Elementen in aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden.

Wo die Bündnertannen rauschen.

Reisebrief aus der Schweiz.

Vom schimmernden Bodensee trägt uns der Zug durch das breite Rheintal hinauf zur alten Bischofsstadt G. u. r. im Herzen des oft gepriesenen, aber in seiner Schönheit noch nicht genügend gewürdeten Kantons Graubünden. Wie da unten im sonnigen Rheintal bei Himmelsbach, reist auch hier die Traube, wie im engen Felsdurchbruch zwischen Bingen und Koblenz, drüben auch hier die Burgen von den Höhen, als ob sie den Eingang in dieses Paradies wächzen wollten. Von Chur an beginnt die Romantik des Rheinlandes. Die Felsen und Klüfte drängen näher an den Fluß, steigen zu schwindelnden Höhen. Hier könnte der kühnste Raubritter seine Burg bauen, aber die Natur schafft Ersatz. Das Wasser hat abenteuerliche, turmartige Gehäuse ausgewaschen, Höhlen hat es in die lockeren Sandsteine gewühlt. Aber die Tannen haben die Gänge mit Grün ausgefüllt, und wo sie keinen Halt mehr finden, da klettert rot schimmerndes Eisenrind über die grauen Bergwände. In Lanz, die erste Stadt am jungen Rhein, dehnt sich behäbig in sonniger Talebene, dann geht es über gähnende Schluchten, immer am Rheine entlang, der über schloßartige Felsbrände sprudelt, ein echtes Bergland, ein Wildfang. Und wird doch kurz nach seiner Geburt schon in eine ernste Schale genommen. Jetzt weiß ich auch, warum er an seinen Ufern bis

herunter nach Holland die ragenden Dome, die traulich Kirchlein auf hohen Felsen oder auf sandigen Wäldern so lieblich haben es ihm die Mönche dort oben in den Schweizerbergen beigebracht, kurz nach seiner Geburt. — Ein wichtiger, weißer Bau, an grüner steil ansteigender Bienenhaube, mit fliegenden Türmen ragt hoch über die malerischen Holzgehäusen des letzten Dorfes im Rheintal, das oft von Herrschern und Mächtigen vieler Jahrhunderte besucht wurde: hier ist die Dichterkirche der ungekrönten Königin von Graubünden, Vater Maurus Carnot. Mit schillerndem Glanz steht er den Gast willkommen und ladet ihn ein, auf einem Ledersessel Platz zu nehmen. „Auf diesem Stuhl hat der Kaiser Karl, der letzte Habsburger, oft gesessen.“ spricht er mit verhaltener Begeisterung. Dann geht ein Erzählen an von dem Lindlichfoomenen, so sehr verächtlichen und doch so geliebten alles unsagbare Leid tragenden Helden, von dem Anatole France gesagt hat, er sei eigentlich die einzig anständige Figur im Weltkrieg gewesen von den Herrschern und Staatsmännern. Zahlreiche Erinnerungen an den Märtyrer auf dem Kaiserthron grüßen von den höchsten Wänden. Er hat in der Zeit der Verbannung lange in D. sentis gelebt. Mancher so ganz unzeitgemäß, an die Tage des Christentums mit seiner Grundsaure, die allen weichen Kompromissen abhold ist, erinnernde Zug des Lebens des Kaisers, der sein Christentum lebte wie sein einziger, rundes das Bild des Toten zu einer funkelnden Gloriole. In den Trümpfen der Welt weiß dieser schlichte Benediktiner mit dem durchdringenden und doch so gültigen Blick wahrlich mehr Weisheit als mancher sich spreizende Diplomat mit dem Einglas im Auge. Man erlebt den Weltkrieg im Spiegel eines

scharfsinnigen, Deutschland nicht abholden Ausländers, man sieht jetzt vieles anders, als es die offizielle Kriegspolitik gezeigt hat — als es die Verurteilungen zu gen mühen. Jahrelang hat dieser Vater die Kriegsbücher für das Blatt seines Graubündener Tales verfaßt, in romanischer Mundart, denn hier spricht man neben Deutsch noch Romanisch, eine klugschöne, mehrere Dialekte umfassende Sprache, die ihre eigene Presse, ihre eigene Literatur hat. Und der Begründer der neuen romanischen Literatur ist eben Vater Maurus. Was ihm das Bergwasser seiner Heimat zuraustricht, was ihm die Tannen des Bündener Landes zugerannt, was er erlaucht im Volke von alten Wären und Geschichten, was er als feeleuchtender Priester erschaute an Edlem, Höhen, Wären und Schönen — das hat er in Vers und Prosa aufgeschrieben, nicht weil ein Literaturpreis ihn lockte oder weil er nach der so zweifelhaften Ehre, literaturfähig zu sein, zeigte — heute, da die Literaturkunde nicht selten Klauenfeger statt Dichter aufzudecken muß. Da erzählt er von den fünf Jungfrauen aus dem Bergtal, von deren Gesicht die Tugenden ihres Herzens widersprachen, die ins Tal von S. G. Maria kommen, wo der „Welterneuer“ Niebische herumtreibt mit finsterner Miene. Hier Gottesglaube, dort Unglaube und Verzweiflung. Der feinsinnige Dichter ist ein ebenso feinführender Lehrer. Er würde mit seinem tiefen Wissen auf dem weiten Felde der Weltliteratur jeder Univerfität zur Fierde geraden. Seine Schüler müssen ihn lieben und ehren. In seiner Lade liegen noch ungedruckte Briefe von Clemens Brentano, vom Dreizehnlinden-Dichter Fr. Wilh. Weber, dessen erste Gedänge Vater Maurus einst in so feines Latein umdichtete, daß Weber ihn hat, darin fortzuführen. Aber man darf daraus nicht schließen, daß er ein

bantischer Buchgelehrter sei, ihm ist die Literatur, sein Dichten, alles nur ein Teil des großen Missionarwesens omnia in aurore in Christo, alles in Christo zu erneuern. Seine in romanischer Sprache geschriebenen Dramen und Erzählungen sind wahrhaft volkstümlich und tiefen Segen bei jung und alt. Als Ersatz für den uns in Landschaft und Weltanschauung doch fremden Robinson hat er die in der Heimat wurzelnde Figur eines christlichen Einsiedlers geschaffen. Das Werk ist sogar drüben in Kanada als Schulbuch eingeführt. Allzu schnell vertragen die Stunden im Gespräch mit dem gekochten, schlichten Gelehrten und Dichter; es ging auf Mitternacht, als er den Gast durch die weiten Klostergänge zu seiner Zelle führte. Tiefe, geheimnisvolle Stille, nur der Klosterbrunnen plätscherte so traulich in der Brunnenkammer und spendete uns sein lebendiges Wasser. Ein Symbol erschien es dem Gast von dem Manne, der ihm den Becher reichte. Wie viele versprechen heute der Jugend Wasser vom Wissensborn, aber es weicht nicht zum Leben, es wird bald kalte und faul. Hier aber ist Wasser des ewigen Lebens. Es ist ein Zeichen von dem gefundenen Sinne der Schweiz, daß sie Vater Maurus in den Aufsichtsrat für die Verteilung des Schillerpreises gewählt hat, was in Deutschland kaum möglich wäre. Deutschland ist Vater Maurus zu besonderem Danke verpflichtet für seine ausgedehnte, nimmermüde Liebestätigkeit für deutsche und österreichische Studenten, für sein mannhaftes Eintreten für die Ehre Deutschlands. Mögen ihm die Bündner Tannen noch lange sagen und singen von der Heimat, deren besten Kenner und feinsinnigsten Schwärmer ihm die Gedichte feiern wird.

Ein neues fabelhaftes Drama: ... So war es möglich, mehr als ein Buchdrucker, so sogar eine ...

... Baden-Württemberg ...

Als Sonntagslektüre

Bei Ihnen wärmstens das „St. Konradblatt“ empfohlen. Sie finden darin reichhaltige Belehrung und Erbauung und gediegene Unterhaltung. Das St. Konradblatt ist reich illustriert und in schönem, wirkungsvollem Kupferdruck hergestellt. Bezugspreis monatlich nur 50 Fig. Probennummern gratis durch den Verlag des St. Konradblattes, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Chronik.

Baden.

Heidelberg, 28. April.

Das erste Motorlastschiff auf dem Neckar ist in Neckarstadeln am Sonntag früh vom Stapel gelassen worden, nachdem am Samstag mit der Fällung des Neckarstapels begonnen worden war. Das den Gebr. Göttsch in Neckarstadeln gehörende, mit der Flagge der Reichswehr und der deutschen Seeflagge geschmückte Schiff fuhr den Kanal hinunter, wurde bei Hochdorf durchgeschleust und fuhr dann den Neckar abwärts nach Neckarsteinach. Das Motorlastschiff hat eine Tragkraft von 350 Tonnen und ist das erste Motorlastschiff, das einen Motor besitzt.

Heidelberg, 28. April.

Ein Leichenzug, wie ihn der hiesige Ort noch selten gesehen hat, bewegte sich heute mittig 3 Uhr nach dem Friedhof. Die beiden Schwereisen Hedwig und Maria Kraus starben fast zu derselben Zeit und wurden gemeinsam beerdigt. Die beiden Verstorbenen waren Töchter des verstorbenen praktischen Arztes Dr. Krafel, der wegen seiner Menschenfreundlichkeit hier noch im besten Andenken steht, obgleich er schon 60 Jahre tot ist.

Heidelberg, 28. April.

Der von uns gemeldete Versuch der Schweizer Schleppliftgesellschaft mit dem Seitenrad dampfer „Jülich“ die Fahrt von Straßburg nach Basel aufzunehmen, ist nicht geglückt. Der Schlepplift konnte die schwierige Stelle am Jülicher Loch nicht passieren. Es ist augenscheinlich noch nicht bekannt, ob der Schlepplift mit seinem Anhang die Rückfahrt antritt, oder ob er steigende Wasser abwartet.

Kandern, 28. April.

(Brand) In dem in der Nähe der Scheide bei Albern gelegenen Landgut Blahof, das Eigentum der Stadt Kandern ist, in dem zur Zeit ein Pächter wohnt, entstand am Sonntag früh um 11 Uhr ein Brand. Ein vorbeifahrendes Auto entdeckte den Brand und alarmierte die Feuerwehr. Beim Eindringen in das Wohnhaus fand die Feuerwehr auf dem Speicher eine brennende Kerze und darum herum mehrere Bündel Stroh mit Petroleum gebrannt. Die Familie selbst war, wie es heißt, in die Kirche nach Kandern gefahren. Nur die Frau war zurückgeblieben. Die Frau wurde sofort vernommen und gestand die Brandstiftung ein. Sie wurde verhaftet. Der Hof soll in der Feuerüberprüfung hoch verschont worden sein. Die Scheune war vollständig verbrannt. Das Wohnhaus konnte durch die Feuerwehr gerettet werden.

Zum Feststurz an der Schwarzwaldbahn. — Langsamere Aufräumung.

Die Hoffnungen, die seitens der Bahnverwaltung alsbald nach dem Feststurz ausgesprochen und die auch in der amtlichen Meldung enthalten waren, daß die Streckensperrung auf wahrscheinlich zwei Tage zu bemessen sein werde, haben sich nicht erfüllt. Sowohl nach Menge wie nach Art des abgegangenen Gesteins war es rechnerisch nicht möglich, die Aufräumungsarbeiten so beschleunigen zu können, wie angenommen, am Sonntag der Verkehr wieder durchlaufen konnte. Vielmehr war am Sonntag die Einschüttung vor dem Tunnel erst soweit freigelegt, daß das gemauerte Gewölbe des Tunnels wieder zutage trat. Schwere Arbeit haben die großen abgestützten Festen gemacht, die gesprengt werden mußten, um die Wegschaffung zu ermöglichen. Es sind an den Räumungsarbeiten ungefähr 70 Arbeiter beschäftigt, eine Zahl, aus der sich schon ein Rückschluß auf die Menge des heruntergefallenen Gesteins ziehen läßt. Die Räummenge, die das Tunnelportal ausfüllt, wird auf mehr als 600 Festmeter geschätzt. Dabei wird es wahrscheinlich nötig werden, oberhalb der Abbruchfläche noch weitere Gesteinspartien zu entfernen. Der Tunnel selbst ist nicht beschädigt, sondern durch die Gewalt des Steinfalls lediglich die Krönung des Portals weggeschlagen, was weiter keinen Einfluß auf die Sicherheit des eigentlichen Tunnelgewölbes hat. Die Räumungsarbeiten werden von zwei Seiten durchgeführt, indem auf der Nordseite von der freiliegenden Streda, von der Südseite von der Tunnel selbst weggeräumt wird. Die Abförderung geschieht zur Verleichterung der Arbeiten nach beiden Seiten durch besondere Materialzüge. Es dürfte immerhin in die zweite Hälfte der Woche gehen, bis wenigstens ein Gleis für den Durchgangsverkehr wieder benutzbar werden wird.

Internationales Schachmeisterturnier Baden-Baden.

Baden-Baden, 28. April.

Eine sehr wichtige Runde war die 8., die heute zum Austrag kam. Réti wählte die Zuckertorteneröffnung gegen Aljechin, spielte sehr auf Gewinn und verlor nach 42 Zügen. Trepbal verlor gegen Nimzewitsch zuerst einige Partien, gewann aber nach einem Versehen seines Gegners eine Figur und siegte im 25. Zuge (Nimzewitsch-eröffnung). Ein harter Kampf war das Damengambit zwischen den beiden Engländern Thomas und Yates. Thomas steht bei Anbruch auf Gewinn. Sämisch verlor ein Damenbauernspiel gegen Tarrasch. Spielmann gewann in schönem Angriff eine holländische Partie gegen Colle. Das Damenbauernspiel Rabinowitsch-Torre ergab nach spannendem Kampfe Remis. Mieses machte in einer Aljechin-eröffnung gegen Grünfeld in ausfallsreicher Stellung ein großes Versehen und verlor. Die

Karlsruher Bürgerausschuß.

Die Fremdsprach-Klassen an der Volksschule abgelehnt.

Karlsruhe, 28. April.

Das Haus ist beschlußfähig. Auf der Tagesordnung steht nur eine Vorlage: die Errichtung von Sprachklassen an der Volksschule.

Die Vorlage lautet:

Vom Beginn des Schuljahres 1925/26 werden auf Grund der nachfolgenden Vereinbarung mit dem Herrn Minister des Kultus und Unterrichts an der Volksschule in Karlsruhe

Sprachklassen und Aufbaufklassen

errichtet.

Die Vereinbarung des Stadtrats mit dem Unterrichtsministerium umfaßt 5 Paragraphen: § 1 besagt: Vom Beginn des Schuljahres 1925/26 ab werden beim Uebergang der Schüler und Schülerinnen aus dem 4. ins 5. Schuljahr besondere Sprachklassen gebildet, in denen neben den planmäßigen Fächern der Volksschule eine Fremdsprache, und zwar Französisch, als Pflichtfach gelehrt wird. Diese Sprachklassen sind (nach § 2) ein Bestandteil der Volksschule und gelten als solcher sowohl im Sinne des Schulgesetzes wie auch der Leistungsverteilung, insbesondere des Steuerverteilungsgesetzes.

Nach § 3 der Vereinbarung wird die Stadt für freiwillige Schüler an das 8. Schuljahr ein 9. und nach Bedarf ein 10. Schuljahr als Abschluß der Sprachklassen anschließen. Für diese Aufbaufklassen ist die Erhebung eines Schulgeldes gestattet, das jedoch den für Realschulen und höhere Mädchenschulen in Karlsruhe geltenden Satz nicht übersteigen darf; das Schulgeld fließt in die Stadtkasse. Die nähere Bestimmung des Unterrichtsplanes sowie die Zahl der auf die einzelnen Fächer entfallenden Wochenstunden bleibt einer Vereinbarung zwischen der staatlichen Unterrichtsbehörde und dem Stadtrat vorbehalten. Insbesondere gilt dies auch für die wahlfreie Einführung des Unterrichts in einer zweiten Fremdsprache. Nach § 5 sind im Falle einer Auflösung der Sprachklassen die darin befindlichen Schüler möglichst bis zu dem vorgesehenen Abschluß ihres Unterrichts zu führen und die Aufbaufklassen als Fortsetzung der Sprachklassen so lange zu erhalten, als die Klassenstärke mindestens diejenige Schülerzahl erreicht, die für Mittelklassen der höheren Lehranstalten vorgeschrieben ist.

Bürgermeister Dr. Kleinschmidt begründet kurz die Vorlage, die durch Preisverörterungen der Allgemeinheit im wesentlichen bekannt ist. Den Anlaß zu der Vorlage hat gegeben, daß das Bedürfnis zu einer höheren Ausbildung, als es die heutige Volksschule bietet, sich herausgestellt hat, einer Ausbildung, die aber doch nicht das Ziel der Mittelschule erreicht. Wir müssen das Problem lösen, weil viele Volksschüler die Lösung als Bedürfnis empfinden in den heutigen Verhältnissen. Zur richtigen Regelung der Frage haben Stadtrat und Schulkommission die Einführung besonderer Sprachklassen für notwendig erachtet.

Stadtv. Strobel (Str.) spricht für den Stadtratsverordnenden Vorstand, der gestellte Meinung ist: ein Teil ablehnend, der andere zustimmend. Auch die Ablehnenden sind zur Lösung der Volksschule der Einführung einer fremden Sprache nicht abgeneigt, nur über die Form sind sie anderer Ansicht als die städtische Vorlage. Für die Zustimmung im Stadtratsverordnenden Vorstand und für die Zentrumsfraktion erklärt Redner den Einbau der Fremdsprache in den Lehrplan der Volksschule für möglich und wünschenswert. Bei der Pflege der Fremdsprache wächst das Verständnis für die eigene Sprache. 40 Prozent der Volksschüler haben sich für die Sprachklassen schon gemeldet. Die Sache kann und muß in der Volksschule gemacht werden. In Mannheim hat man die Einrichtung schon vor dem Kriege gehabt, ohne daß sich Mißstände ergeben haben; auch der dortige Stadtschulrat Dr. Siedinger, eine bedeutende Autorität in Schulfragen, ist dafür. Auch die Schweiz hat Primar- und Sekundarschulen. Durch diese Sprachklassen wird es auch manchem intelligenten Schüler aus unbemittelten Kreisen möglich, eine höhere Bildung sich anzueignen. Redner empfiehlt für seine Person und die Zentrumsfraktion die Annahme der Vorlage.

englische Eröffnung Carls Tartalower wurde bei ungleichen Läufern remis gegeben. Nosselt leistete in einer Wiener Partie gegen Rubinstein bemerkenswerten Widerstand. Die Partie wurde in ausgeglichener Stellung abgebrochen. Eine Kombinationspartie par excellence ergab das Damengambit zwischen den Großmeistern des Angriffs Marshall und Bogoljubow. Die Partie wurde in besserer Stellung für Marshall abgebrochen. Stand nach der 8. Runde: Aljechin 6½ (7), Rubinstein 6 + Hängepartie, Grünfeld 5½, Rabinowitsch 5, Bogoljubow 4½ + Hängepartie, Marshall 3½ + 2 Hängepartien (7), Tartalower und Torre je 4½, Nimzewitsch 4 (7), Sämisch, Spielmann, Tarrasch und Trepbal je 4, Carls 3½ (7), Yates 3 + Hängepartie (7), Colle und Réti je 3, Thomas 1½ + Hängepartie, Mieses 1½ (7), te Koffie ½ (7) und Nosselt 0 + 2 Hängepartien (7).

Nosselt remisiert mit Marshall.

Noch am Samstag abend gab Bogoljubow seine hoffnungslose Partie gegen Marshall auf. Am heutigen Hängepartientag spielte Nosselt ausgezeichnet und konnte im 67. Zuge gegen Marshall ein Remis herbeiführen. Dagegen ging die zweite Hängepartie, die Nosselt hatte, für ihn verloren. Rubinstein gewann im 64. Zuge und steht damit mit Aljechin an der Spitze. Yates leistete gegen Thomas noch ähnen Widerstand, mußte aber im 75. Zuge aufgeben. Stand vor der 9. Runde: Aljechin 6½ (7), Rubinstein 7, Grünfeld 6½, Rabinowitsch 6, Marshall 5½ (8), Tartalower und Torre je 5½, Nimzewitsch 4½ (8), Tarrasch 5, Bogoljubow 4½ (8), Sämisch 4 + Hängepartie, Réti, Spielmann und Trepbal je 4, Carls 3½ aus 8, Yates 3 + Hängepartie (8), Colle und Thomas je 3, Mieses 1½ (8), Nosselt und te Koffie ½ (8).

Es sprechen nun die Redner der einzelnen Fraktionen. Abg. Dr. Cramer (D.-lib. Rp.) spricht gegen die Vorlage, wenn er auch mit der Aufhebung der bisherigen Sprachkurse einverstanden ist. Der Rückgang der Zahl der Volksschüler sei nur vorübergehend; sie wird bald wieder ansteigen. Die Möglichkeit höherer Ausbildung für bedürftige Schüler besteht schon heute. In der Begründung der Vorlage ist von einem Lehrziel oder Lehrplan nicht die Rede. Die Vorbildung auf dem Lehrerseminar befähigt nicht zum fremdsprachlichen Unterricht. Redner macht Vorschläge: man soll den deutschen Unterricht erweitern (mit entsprechender Berücksichtigung von Literatur und Kunst), das Rechnen und Schreibfertigkeit, Naturkunde und Handfertigkeitunterricht mehr pflegen. Redner erklärt sich gegen Sprachklassen und wünscht die Errichtung einer höheren Mädchenschule in der Südstadt.

Stadtv. Frey (Dem.) meint, die Frage eigne sich nicht für die Stellungnahme in den Fraktionen. Wer meint, man hebe die Volksschule durch Einführung von mehr Unterrichtsfächern, ist auf dem Holzweg. Redner verwirft auch die abergläubische Verehrung des fremdsprachlichen Unterrichts. Redner meint, man solle den Versuch machen, den Volksschülern, die das Zeug dazu haben, eine höhere Ausbildung zukommen zu lassen, aber man solle sich Zeit lassen und erst ausprobieren, ob Sprachkurse oder Sprachklassen sich besser eignen, und dann, nach fünf Jahren, sich definitiv entscheiden.

Stadtv. Weisenfelder (Komm.) spricht

gegen die Vorlage, ebenso

Stadtv. Wilhelm (Soz.), der die neue Schule, die die Vorlage bringen soll, nicht für so harmlos ansieht, sondern für eine wiederkehrende verlappte Ständeschule, die lediglich einem Bedürfnis der Speisebürger, die ihre Kinder aus schädlichen Motiven aus der Volksschule herausbringen wollen, entspreche. Die Fremdsprache darf nicht zur Scheidung in der Volksschule führen. Durch die Vorlage wird das bessere Schülermaterial der Volksschule wieder abgeschöpft; das können wir nicht verantworten. Die „mittlere Reife“, die durch die Aufbaufklassen erreicht werden soll, wird ohne Wert sein, da ein solches Zeugnis nirgends offiziell anerkannt werden wird. Namhafte Pädagogen warnen davor, in Karlsruhe eine neue Schulart zu gründen; es muß das Reichsschulgesetz abgewartet werden. Redner macht den belainten soz.-dem. Gegenanschlag: keine besonderen Sprachklassen, sondern vom 5. Schuljahr ab eine Oberschule, das für alle Schüler ein Kernunterricht sein darf, der nur für eine geringe Anzahl von Stunden, etwa 4, die Trennung in Kurse eintritt. Der Vorschlag sei von Fachleuten gemacht.

Abg. Schwarz (Wirtsch. Ver.) hält die Frage noch nicht für sprudreif und kann sich weder mit der Vorlage noch mit dem soz.-dem. Gegenanschlag befrieden. Abg. Rejler (Dem.) ist für die Vorlage, die dem Willen des Elternhauses entspreche. Abg. Lang (D.-nat.) ist für die Vorlage und verteidigt die Bürgerliste. Als fremde Sprache wünscht er Englisch. Abg. Vajching (Dem.) spricht für die Vorlage und erklärt gegen Wilhelm, daß die Sprachklassen unbeschränkt den Volksschülern offen stehen. Wer das Abitur nicht machen will, soll aus der Mittelschule wegstehen. Abg. Dr. Weiberl (Str.) gibt angesichts der divergierenden Meinungen der Sachverständigen in dieser Debatte die Anregung, die Vorlage zurückzugeben und bald eine neue vorzulegen. (Es sind inzwischen ein demokratischer und ein soz.-dem. Antrag eingelaufen.)

Personliche Bemerkungen tauschen aus die Stadtv. Wilhelm (Soz.) und Rejler (Dem.). Zum Schluß betreten Bürgermeister Dr. Kleinschmidt und Oberbürgermeister Dr. Finter die städtische Vorlage gegen die erhobenen Einwendungen, die eine Ablehnung oder auch nur eine Verzögerung der Vorlage nicht rechtfertigen.

In der folgenden Abstimmung, die auf soz.-dem. Antrag eine namentliche ist, wird die städtische Vorlage mit 89 gegen 85 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, Liberale Volkspartei, Wirtsch. Vereinigung und Kommunisten; dafür Zentrum, Demokraten und Deutsche nationale.

9. Runde — Aljechin in Front.

In der heutigen Großkampfrunde übte die für die Spitze sehr wichtige Partie Rubinstein-Marshall (Damenbauernspiel) nach 31 Zügen remis. Tartalower wählte diesmal nicht die Eröffnungseröffnung, sondern machte mit dem e-Bauern einen Schritt mehr und spielte englisch. Er gewann nach 36 Zügen gegen Nosselt. Gegen Grünfeld brachte Carls in einem Damenbauernspiel ein Qualitätsopfer und gab nach 35 Zügen auf. Damit ist Grünfeld momentan an alleiniger dritter Stelle. Torre gewann in einer holländischen Partie gegen Mieses einen Bauern und konnte ihn dank der gegnerischen Unterstützung in Gewinn umsetzen. Mieses gab im 54. Zuge auf. Das Damengambit Colle-Rabinowitsch hand längere Zeit gleich, bis Rabinowitsch im Mehrbesitze einer Qualität im 49. Zuge siegte. Tarrasch gewann ein Damenbauernspiel gegen Spielmann nach 40 Zügen in gutem Angriffsstil. Die spanische Partie Yates-Sämisch wurde nach 52 Zügen in besserer Stellung für Sämisch abgebrochen. Schon nach 20 Zügen ergab das Wierpringerpiel Nimzewitsch-Thomas Remis. Aljechin gewann mit vollendeter Technik ein Damengambit gegen Dr. Trepbal nach 54 Zügen und erlangte damit die alleinige Führung. Te Koffie gab erst als Réti ein 7zünftiges Mat anklündigte in einer Aljechinverteidigung gegen Réti im 41. Zuge auf. Der Russe Bogoljubow war frei. Stand vor der 10. Runde: Aljechin 7½ (8), Rubinstein 7½, Grünfeld 6½, Rabinowitsch 6, Marshall 5½ (8), Tartalower und Torre je 5½, Nimzewitsch 4½ (8), Tarrasch 5, Bogoljubow 4½ (8), Sämisch 4 + Hängepartie, Réti, Spielmann und Trepbal je 4, Carls 3½ aus 8, Yates 3 + Hängepartie (8), Colle und Thomas je 3, Mieses 1½ (8), Nosselt und te Koffie ½ (8).

Karlsruhe

den 29. April 1925.

Der Kath. Männerverein Karlsruhe-Ost veranstaltet heute abend 7½ Uhr in der „Krone“ eine Vereinsversammlung, bei der in der Offstadt bestens bekannte Prof. Dr. Loffen-Helberich über „Die Gedankenwelt des Arbeiters und des Unternehmers“ sprechen wird. Zu diesem Vortrag sind alle Mitglieder des Vereins und deren Angehörigen, aber auch ganz besonders die Mitglieder des Kath. Arbeitervereins und Jungmännervereins eingeladen.

Bargeldlose Entrichtung der Steuern. Die Steuerpflichtigkeiten werden an die Kassen der Reichsfinanzverwaltung — Kassen der Finanzämter, der Hauptzollämter und der Zollämter — am besten bargeldlos entrichtet. Jeder, der ein Konto beim Postfachamt, bei einer Bank, Sparkasse, Genossenschaft und dergleichen besitzt, kann seine Zahlungen an diese Kassen am bequemsten und billigsten durch Ueberweisung bewirken. Wer kein Konto besitzt, lege eines an oder zahle mittels Zahlkarte. Besondere Formulare für die Steuerzahlung mittels Zahlkarte werden von den Postämtern abgegeben. Die bestehenden Postcheckkonten und Bankverbindungen der Finanz- und Zollstellen sind auf den Steuerbescheiden, Forderungsetzeln usw. angeben. Die bargeldlose Zahlung erspart Zeit und Geld.

Kathol. Männerverein St. Stephan. Wir machen auf den heute abend im Gartencafé zum „Moninger“ stattfindenden Vereinsabend mit Vortrag des hochw. Herrn Geistlichen Rat und Stadtdel. Dr. Stumpf über „Stände und Klassen im neuen Deutschland“ aufmerksam.

Der St. Johanner Sängerbund aus Saarbrücken wollte auch am Montag nach in den Mauern unserer Stadt. Unsere laienbildlichen Gäste suchten am Nachmittag unter Führung des hiesigen Verkehrsvereins Durach mit dem Turmberg und das Gut Schöneck. Die Saarländer waren hoch erfreut von all den schönen Eindrücken, die sie von unserer badischen Heimat dabei empfangen durften. Anschließend an den Ausflug brachte der Sängerbund dem Herrn Oberbürgermeister vor dem Rathaus noch ein Ständchen als Zeichen des Dankes für die ihm auch diesmal wieder zuteil gewordene herzliche Aufnahme. Daß Baden mit seiner Hauptstadt und die deutsche Saar einander nicht fremd sind, und daß sich die Saarländer wohl fühlen unter ihren badischen Volksgenossen, das kam ganz besonders noch einmal zum Ausdruck beim Abschied von den lieben Gästen am Bahnhof, als sie am Montag abend kurz nach 7 Uhr im Sonderzug die Heimreise antreten. Der Verkehrsverein, die Karlsruher Sängervereinigung und das Orchester des Musikvereins Harmonie entboten letzte Abschiedsgrüße in Wort, Lied und Ton. Unsere Brüder von der Saar haben Karlsruhe wieder verlassen, aber mit dem Versprechen, wiederkommen zum nächsten Heimattag in diesem Jahr. Bei den aus diesem Anlaß zu veranstaltenden Darbietungen will sich das Saarland in noch weit größerem Umfang beteiligen, als felder. Wir begrüßen dieses Versprechen mit großer Freude und wollen von unserer Seite alles tun, um die guten Beziehungen zwischen dem Saarland und der badischen Landeshauptstadt zu erhalten und zu pflegen.

Ueber den Sinn der Horoskopie sprach letzte Woche Herr Dr. Carl Höder vor einer aufmerksamen Hörergemeinde im Eintrachtsaal. Der Redner, dessen akademischer Grad schon für wissenschaftliche Behandlung des Themas bürgte, erfüllte auch alle billigen Anforderungen, die man aufgrund des gewählten Themas stellen konnte. Wenn die Horoskopie auch noch zwischen lebensschädlichen Lehren und spirituellen Zweifeln hin und her ihre schwankende Stellung behaupten muß, so war es doch ganz interessant, zu hören, welche Schlüsse aus der Stellung der Gestirne bei der Geburt eines Menschen in bezug auf sein Schicksal gezogen werden. Am meisten interessierte natürlich die nachträgliche horoskopische Zukunftsdeutung bekannter Männer wie Goethe, Schubert, Hitler. Auch der heutigen Republik stellte der Redner das Horoskop dar; nach soll 1927 die große Wendung kommen, wo wir den Friedensvertrag zerreißen usw. ufm. — Es war gewiß kein verlorener Abend.

Liederabend Gertrud Braun. Die dortreffliche einheimische Konzertfängerin Fräulein Gertrud Braun gibt heute, Mittwoch, den 29. April, abends 8 Uhr, im Bierjahresfestsaal (Hebelstraße, gegenüber dem Kaffee Bauer) ihren wiederholten angezeigten Liederabend. Die Künstlerin wird Liedergruppen von Robert Schumann, Peter Cornelius und Edith S. Wolf zum Vortrag bringen. Am Flügel: Kapellmeister Dr. Hans Rohr aus Mannheim. Karten im Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Konzertdirektion, Badstraße 39, eine Treppe, bis abends 6 Uhr, Abendkasse ab 7 Uhr.

Berufsjubiläum. Der technische Direktor des C. F. Müllersehen Verlags (Karlsruher Tagblatt), Paul Bobart, konnte vorgestern sein 50jähriges Berufsjubiläum begehen. Der Verlag veranstaltete mit dem Personal des Betriebs eine spendende Feier.

Die silberne Hochzeit feiert heute Herr Franz Joseph Egner in der Weststadt. Herzlichsten Glückwünsche!

Der Landesauschuß für Leibesübungen und Jugendpflege hält am Samstag, den 2. Mai, und Sonntag, den 3. Mai, hier seine Landesversammlung ab, zu der auch Herr Generalsekretär Dr. Dien aus Berlin erscheinen wird. Am Samstag abend findet im Konzerthaus ein Vortrag abend statt (S. Anfert) und am Sonntag, 3. Mai, 11 Uhr vormittags, im Landtagsgebäude die Hauptversammlung. Am 11.30 Uhr am Sonntag veranstaltet der Landesauschuß einen Werbestaffellauf quer durch Karlsruhe (Mühlburger Tor—Rathaus). Nachmittags halb 4 Uhr ist für die Teilnehmer eine Motorbootsfahrt auf Rheinhafen und Rhein vorgesehn.

Fahrtpreiserhöhung und Rundreise. Ausläßlich von Ferienortserhöhungen häufen sich erlaubnisgemäß die Bestellungen auf die nächsten Monate zügigen Rundreisebestellung. Deren Anfertigung in der sonst stillen Zeit wird mehr möglich ist. Reisende, die kurz vor der Tarifserhöhung eine Fahrt anzutreten wünschen, können aus den erwähnten Gründen mit der gewohnten kurzfristigen Ausgabe nicht rechnen und am besten gut, die notwendige Reisebestellung möglichst frühzeitig aufzugeben.

